



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 149, Sept./1 2020

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

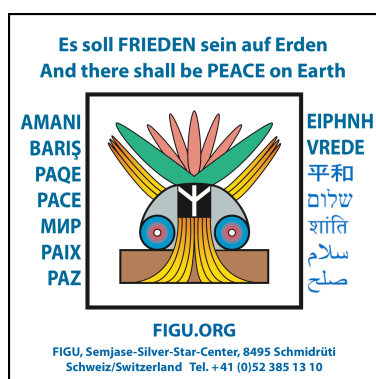
Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol



Löscht das Todessymbol, die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol aus;

nutzt dazu euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!



Friedens-Symbol

Corona-Virus-Pandemie

Anm. Billy: Nachtrag zum 738. Kontaktbericht vom 17. Mai 2020

Wie altbekannt ist, kennt Dummheit und Dämlichkeit keine Grenzen, denn seit die Corona-Seuche grassiert, finden es sich ganz schlaue denkende Verschwörungstheoriegläubige – die unsere FIGU-Website durchforsten – für notwendig, infolge ihrer Verstand- und Vernunftlosigkeit, die durch Unbedachtheit, Irrsein und Schwachsinn geprägt ist, uns mit dumm-dreisten und effektiv idiotischen E-Mails und Telefonanrufen usw. zu belästern. Dies indem z.B. folgendes wörtlich gesagt oder geschrieben wird:

<Liebes FIGU-Team, ich (Anm: der Esel nennt sich immer zuerst, weil er bekanntlich der Weiseste ist und zuvorderst stehen will) bin sehr enttäuscht von Euch? (wirklich mit ?) Fällt Ihr auch auf diese Pandemie-Simulation herein? Masken tragen ist sehr schädlich für uns Menschen, schon nach einer halben Stunde verändert sich die Blutchemie zu unserem eigenen Schaden. Siehe Anhang

Ich (Anm.: Der Esel wird, wie gesagt, immer zuerst genannt) trage niemals eine Maske und werde nie eine tragen! Der grösste Schwachsinn. Damit schade ich nur!

Ich (Anm.: Und natürlich steht der Esel wieder an erster Stelle, weil er sein unintelligentes und dummes la-la-Trompeten ..., resp. <Ich bin hier und trompete etwas> ja lauthals fordernd in die Gegend hinaus-trompetet, um Aufmerksamkeit zu erregen und sich egoistisch und doch dumm-dämlich in der Hoffnung in den Vordergrund zu stellen, gescheiter und wissender zu erscheinen als die reale Wirklichkeit und deren unumstössliche Wahrheit) ... stärke lieber mein Immunsystem, (Anm.: Eine Stärkung des Intelligenztums sowie von Verstand und Vernunft wäre offenbar aber wichtiger) dann bin ich gesund und allfällige Viren oder Bakterien können mir überhaupt nichts anhaben!

Das wäre der richtige Weg. Das ist meine Meinung zu dieser Panik-Simulation. (Anm. Frage: Wo ist da eine eigene Meinung, wenn schwachsinnig der Verschwörungssinn von offenbar verblödeten Verschwörungstheoretikern aufgeschnappt und diesen nachgeäfft wird – oder, mag es gar ein eigener überdimensionaler Schwachsinnsschub sein?)

Liebe Grüsse vom

Ein besonderer Brief – und die Folgen

von Christian Frehner, Schweiz

Anlässlich des 733. Kontakts vom 15. März 2020 erläuterte Ptaah spezielle und sehr interessante Aspekte bezüglich des Zustandekommens der Photos von Semjases Strahlschiff beim später eliminierten Nadelbaum im Gebiet Fuchsbüel-Hofhalden-Ober-Balm¹. Bezüglich des im Bericht genannten Hans Jacob ergab sich ein Geschehnis, das bislang noch nirgends schriftlich festgehalten wurde, was hier nun nachgeholt werden soll, basierend auf einer Nacherzählung durch Billy am 4. Mai 2020.

Im Haus an der Wihaldenstrasse 10 in Hinwil, an der Billy damals mit seiner Familie wohnhaft war, befand sich ein grösserer Raum im Ausmass von ca. 8 x 8 Metern, der für Treffen und Diskussionen usw. genutzt wurde. Eines Tages im Jahr 1975, am frühen Vormittag, sassen dort Billy, Jacobus Bertschinger, Engelbert Wächter, ein Professor der Physik aus Männedorf (an dessen Namen sich Billy nicht mehr erinnert), zwei Männer aus dem Rheintal sowie Hans Jacob zusammen und sprachen über Vergangenheitsreisen, die der junge Eduard seinerzeit mit Sfath erleben durfte. Hans Jacob, der mit dem Verständnis des Konzepts von Zeitreisen nicht zurechtkam, drängte auf eine Beweisführung. Auf sein Insistieren hin wurde – basierend auf einer Idee des Professors – dann folgendes geplant und durchgeführt: Hans Jacob schrieb vor Ort einen kurzen Brief, steckte diesen in ein Couvert, das er verschloss und an sich selbst adressierte. Von Billy erhielt er eine Briefmarke, die er umgehend aufs Couvert klebte. Danach nahm Billy den Brief an sich, um diesen mit Einwilligung und Unterstützung von Semjase durch eine Zeitreise 3 Tage retour bei der Poststelle in Ettenhausen aufzugeben. Nachdem Hans Jacob am besagten Vormittag nach Hause zurückgekehrt war, also gegen Mittag, nahm er bei sich zu Hause den Brief, den er noch vor ca. 3 Stunden in der Hand gehabt hatte, direkt vom Postboten in Empfang. Und tatsächlich, der Brief enthielt einen Poststempel, datiert auf 3 Tage bevor das Gespräch in Billys Haus stattgefunden hatte. Mit dieser Tatsache konfrontiert, konnte Hans Jacob dies nicht verkraften und «drehte durch», wie man auf Schweizerdeutsch sagt, d.h., der Vorfall führte zu einer bewusstseinsmässigen Krise, und seine bereits bestehende, starke religiöse Befangenheit steigerte sich zu wahnhaften Ausprägungen, was im 481. Kontaktgespräch nachgelesen werden kann (von Billy wie folgt erklärt): «Später erklärte er (Hans Jacob) dann, als er langsam seiner Sinne nicht mehr mächtig war, so erinnere ich mich, dass ich das Wissen um den Vul-

¹ siehe https://www.figu.org/ch/files/downloads/artikel_essays/logische_fragen_fragen.pdf

kan Cumbre Vieja vom Teufel persönlich erhalten hätte, und das könne er beweisen, denn er habe persönlich gesehen, dass ich mit dem Teufel auf dem Hintersitz meines Mofas durch Wetzikon gefahren sei. Einen dementsprechenden Brief hat er einem ihm bekannten Professor geschrieben, ihn dann auch vervielfältigt und massenweise an viele Leute rund um die Welt geschickt, wie mir Michael Hesemann sagte.» Was noch zu nennen übrigbleibt: Eine weitere ähnliche Beweisführung mittels Brief wurde von Semjase verhindert, nämlich durch ein Zurückhalten eines von Billy in Arosa aufgegebenen und an Hans Jacob adressierten Briefes, der das Todesdatum des spanischen Diktators Franco enthielt. Der Beweis für die Vorauskenntnis zukünftiger Geschehnisse sollte darauf basieren, dass der Poststempel klar aufzeigt, dass der Diktator zum Zeitpunkt des aufgegebenen Couverts noch am Leben war. Die diesbezügliche Information ist im 38. Kontaktgespräch vom 13. November 1975 zu finden.

Das letzte Mal, dass Billy Hans Jacob angetroffen hat, war, als er seinen Vater Julius im Spital besuchte, bevor dieser dann am 3. Januar 1989 zu Hause verstarb. Im gleichen Spitalzimmer, ein Bett weiter als sein Vater, lag Hans Jacob, der seinen Kopf sofort abwendete, als Billy ins Zimmer trat, und dies so beibehielt während der ganzen Zeit, als Billy sich dort aufhielt.

Der EuGH ist nicht im Sinne der Schweiz

EU-No-Newsletter News / 6. Mai 2020

Gerne wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) als Garant für Ordnung und Rechtstaatlichkeit bezeichnet. Als oberste juristische Instanz der Europäischen Union (EU) macht der EuGH aber allzu gerne eigenwillige Politik. Bürgerinnen und Bürger vor rechtlicher Willkür zu schützen, scheint keine Priorität bei den Richtern zu haben. Das Dobersberger-Urteil von Dezember 2019 zeigt wieder einmal mehr, dass EU-Arbeitnehmende selbst in der EU diskriminiert werden. Ein Lohnschutz, wie wir in der Schweiz ihn kennen, ist mit einem Rahmenabkommen gefährdet. Das Abkommen würde Tür und Tor öffnen für Lohndumping. Ein irreparabler Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Das Dobersberger-Urteil des EuGH vom 19. Dezember 2019 hat Kopfschütteln ausgelöst und zeigt augenfällig, dass die Rechte der Arbeitnehmenden und der Lohnschutz in der EU kaum eine Rolle spielen. Als Schweizerinnen und Schweizer wären wir mit dem Rahmenabkommen der Willkür des EuGH ausgesetzt und könnten uns gegen Lohndumping und andere arbeitsrechtliche Massnahmen nicht schützen. Das Schweizer Arbeitnehmerrecht wäre hinfällig. Was wurde aber im Dobersberger-Urteil genau entschieden?

In diesem juristischen Fall ging es um einen Streitfall in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse bei den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Konkret ging es um die Erbringung von Dienstleistungen wie Bordservice, Reinigungsleistungen oder Verpflegung der Fahrgäste in internationalen Zügen der ÖBB. Diese Arbeiten hatte die ÖBB ausgelagert gehabt. Die Dienstleistungen wurden auf Grundlage von Subauftragsketten durch Angestellte eines ungarischen Unternehmens erbracht. Grossteils wurden diese Arbeiten aber auf österreichischem Boden ausgeführt. Das Subunternehmen stellte die Arbeiter nach ungarischem Recht und Lohnansätzen an. Bei einer Kontrolle 2016 wurde festgestellt, dass österreichische Mindestarbeits- und Entlohnungsbedingungen nicht eingehalten wurden. Der Subunternehmer wehrte sich gegen ein Urteil des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes und bekam in letzter Instanz vor dem EuGH recht. Der EuGH argumentierte, dass die administrativen Aufgaben des Subunternehmens in Ungarn und die betroffenen ungarischen Arbeitnehmer ihre Arbeit in Ungarn beginnen und beenden. Darum sollte ungarisches Recht zum Zuge kommen. Der Verwaltungsgerichtshof, der auf österreichisches Recht pochte, verletzte damit europäisches Recht. Wenn nun in den internationalen Zügen der ÖBB ungarisches Arbeitsrecht zur Anwendung kommt, ist dies anscheinend rechtens.

Der EuGH zementiert damit, dass bei der transnationalen Arbeitnehmerentsendung die Beschäftigten das Arbeitsrecht ihres Landes in das Land des Auftraggebers bringen. Damit schafft das Gericht in Luxemburg Fakten – Fakten, die Tür und Tor öffnen, um im Empfängerland massives Lohndumping zu betreiben und das national geltende Arbeitsrecht regelrecht auszuhöhlen. Unternehmen können so strategisch nationales Recht umgehen und das lokale Gewerbe nachhaltig schädigen.

Störend ist, dass die EU entsprechende Grundlagen geschaffen hat, die eindeutige Handlungsrichtlinien vorgeben. Die sogenannte Entsenderichtlinie inklusive Auslegehilfen wurde 1996 verabschiedet und 2018 überarbeitet. In dieser Richtlinie steht, dass bei den Arbeitsschutzbestimmungen nicht Herkunfts- sondern das Bestimmungslandprinzip gilt. Nach dem europäischen Gesetzgeber müsste im Dobersberger-Urteil klar österreichisches Recht zur Anwendung kommen. Wieso das nicht so ist, bleibt schleierhaft. Das Argument, welches der EuGH ins Feld führte, scheint willkürlich zu sein. Im Rechtsurteil heisst es, dass es «keine hinreichende Verbindung zu dem Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten (...)» gibt; dies obwohl der grösste Teil der Dienstleistungen in Österreich erbracht wurde.

Das Urteil ist ein klares Zeichen des EuGH, dass die Richter politisch motiviert sind. Damit geben sie Unternehmen die Möglichkeit, mit ausländischem Recht im Inland und lokalen Unternehmen zu drohen. Für

die Schweiz würde sich dies katastrophal auf die Arbeitsbestimmungen und das Lohnniveau auswirken. Nicht nur würden Arbeitnehmende schikaniert, sondern auch rechtschaffene Unternehmer geraten zunehmend unter Preisdruck und dies führt zu einer Abwärtsspirale, die die Qualität der Arbeit und den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig beschädigen würde.

Der EuGH hat wieder einmal gezeigt, dass auf ihn kein Verlass ist. Er ignoriert sogar die eigenen Richtlinien. Wie können wir annehmen, dass diese fremden Richter den Schweizer Lohnschutz und das Arbeitsmarktrecht akzeptieren und respektieren werden, wenn sie es nicht einmal bei ihren eigenen Mitgliedstaaten tun? Es ist genau dieser schleichende EU-Beitritt, den wir mit dem Rahmenabkommen vollziehen würden. Dagegen braucht es eine klare Haltung in der Schweiz und ein klares Zeichen an die EU.
Quelle: <https://eu-no.ch/dereghistnichtimsinnederschweiz/>

UN-Generalsekretär warnt vor Missbrauch der Viren als Bio-Waffe **Ein Gastbeitrag von Wolfgang Effenberger**

hwiludwig Veröffentlicht am 14. April 2020

Rechtzeitig vor dem Osterfest warnte UN-Generalsekretär António Guterres vor einer Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit durch etwaige künftige Angriffe von Bioterroristen, die zum Ziel haben könnten, neue Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen. „Die Schwächen und die mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offengelegt wurden, geben Einblicke, ... wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte, und erhöhen möglicherweise das Risiko dafür“, sagte Guterres bei einer Videokonferenz des UN-Sicherheitsrats und warnte: „Nichtstaatliche Gruppen könnten Zugang zu virulenten Stämmen erhalten, die für Gesellschaften auf der ganzen Welt eine ähnliche Verwüstung bedeuten könnten.“ 1

Dass die archaischen Terroristen von ihren maschinenkanonenbewehrten „Pick Ups“ absteigen und im Labor Viren zu züchten beginnen, scheint recht abwegig. Biowaffenlabore samt Entwicklung der Biowaffen werden im Regelfall von Staaten betrieben! Staaten sind es auch, die Terror über die Welt bringen: völkerrechtswidrige Kriege, Folter, Zerstörung, Chaos, Flucht – und dadurch natürlich wieder Terror generieren.

US-Terrorwaffen

Seit 1972 sind durch die Biowaffenkonvention Entwicklung, Herstellung und Einsatz biologischer Waffen verboten. 182 Staaten haben diese Konvention unterschrieben, darunter alle Grossmächte. Trotzdem findet sich auf Seite 60 der US-Studie „Rebuilding America's Defenses – Strategy, Forces and Resources For a New Century“ aus dem Jahr 2000 die Aufforderung:

„Eine fortgeschrittene Form der biologischen Kriegsführung, mit der auf spezifische Genotypen ‚gezielt‘ wird, kann die biologische Kriegsführung aus dem Reich des Terrors zu einem politisch nützlichen Werkzeug transformieren.“ 2

Die Verfasser waren hochkarätige US-Politiker, allen voran Paul Wolfowitz, ehemaliger Weltbankpräsident, Berater von George W. Bush und Stellvertreter von Donald Rumsfeld, ein wichtiger Förderer des „Kriegs gegen den Terror“, mit dem der Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Libanon, Somalia, Sudan und der Iran dem Hegemonieanspruch der USA unterworfen werden sollten. Das Ziel ist die unipolare Weltherrschaft und die weltweite „Full Spectrum Dominance“ des US-Militärs. Viele Forderungen in diesem Strategiepapier konnten bis heute erfolgreich umgesetzt werden.

Eine ähnlich perfide Waffe wie die ABC-Waffen ist das sogenannte „Geo-Engineering“. Damit kann Einfluss auf das Wetter genommen, können Tsunamis und Vulkanaktivitäten ausgelöst werden.³

US-Verteidigungsminister William S. Cohen bestätigte am 28. April 1997 in einem Briefing die technischen Möglichkeiten des „Geo-Engineering“:

„Andere betreiben sogar eine Art Öko-Terrorismus, bei dem sie durch elektromagnetische Wellen das Klima verändern, Erdbeben und Vulkane aus der Ferne auslösen können ... Es gibt also viele geniale Köpfe, die daran arbeiten, Wege zu finden, wie sie andere Nationen in Angst und Schrecken versetzen können. Es ist real, und das ist der Grund, warum wir unsere Bemühungen intensivieren müssen.“ 4

Der technische Aufwand für das „Geo-Engineering“ ist enorm und in diesem Jahrhundert wohl für die uns bekannten Terroristen zu hoch. Es sind einzig und allein die USA dafür bekannt, dass sie auf diesem Gebiet erfolgreich agieren können. Die USA setzen auch auf den Gefechtsfeldern eine panzerbrechende Munition ein, deren Geschoss aus abgereichertem Uran besteht (Uranmunition, auch DU-Munition von englisch „depleted uranium“). Die Folgen vor allem für die Zivilbevölkerung: missgebildete Kinder, Zunahme von Krebserkrankungen. Der Versuch der Ächtung dieser Munition war bis heute nicht erfolgreich (Näheres s. hier).

Der Autor war 1973/74 atomarer Wirkungsberater und hätte im „Verteidigungsfall“ einen atomaren Sperrzug führen müssen. Ihm sind seither die unvorstellbaren Zerstörungspläne westlicher Strategen einschliesslich der entsprechenden Dienstvorschriften bestens bekannt. Die „Nukleare Planungsgruppe“ der NATO hatte für 1973 2200 Atomzielpunkte zwischen Weser und Weichsel festgelegt.⁵ Die verantwortlichen Planer nahmen dabei die nachhaltige Zerstörung Mitteleuropas billigend in Kauf. Was für ein Denken!

In den 80er Jahren wurde die Perfidie noch gesteigert mit dem Hype um die „Neutronenbombe“ (Enhanced Radiation Weapon, zu dt.: Waffe mit verstärkter Strahlung). Dabei handelt es sich um eine Wasserstoffbombe, die hauptsächlich durch radioaktive Verstrahlung töten sollte bei Minimierung der anderen Komponenten (Druckwelle oder Hitze). Die Bombe sollte also Menschen töten, aber Gebäude, Infrastruktur und Land weitgehend verschont lassen – nicht nur die Militärs waren begeistert.

Mit der Auflösung des „Warschauer Pakts“ löste sich auch die „Nukleare Planungsgruppe“ auf. Doch mit der Ukraine-Krise wurde sie 2015 wieder aktiviert.

Jetzt ist es an der Zeit, die Atommuniton zu verbieten, und die vollkommene Offenlegung aller Aktivitäten bezüglich A-, B- und C-Waffen sowie Geo-Engineering zu verlangen.

Ebenso notwendig ist die weltweite Verurteilung von Sanktionen. Durch sie wird wie bei der Atommuniton vor allem die Zivilbevölkerung geschädigt. Die „UN-Sanktionen gegen den Irak 1991–2003 führten zum Tod von über einer Million Irakern durch Unterernährung, mangelnden Zugang zu sauberem Wasser, Medikamenten, medizinischer Ausrüstung usw.“⁶ Nach Alfred de Zaya, US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2012–2018), verstösst der herrschende Wirtschaftskrieg gegen Kuba, Nicaragua, Venezuela, Syrien, Iran und Nordkorea gegen die UN-Charta und zahlreiche internationale Verträge, so z. B. gegen das Interventionsverbot, das nicht nur für militärische Interventionen, sondern auch für nichtkonventionelle, hybride Kriegsführung gilt. Diese hybride Kriegsführung haben die USA 1994 in dem Dokument TRADOC 525-5 für die Streitkräfte festgeschrieben: Der Einstieg in den Krieg erfolgt gemäss „Operations Other Than War“ (OOTW) über Zivile Unterstützung (Civil Support), friedenserhaltende Massnahmen (Peace Operations), Katastrophenhilfe (Disaster Relief) usw.

„Der Weg in den beabsichtigten Krieg führt nach 525-5 über die gezielte Destabilisierung des Staates, bei dem man zum eigenen Vorteil einen ‘Regime Change’ herbeiführen will. Operationen vom Finanz- über den Cyberkrieg, den Einsatz verdeckter Spezialeinheiten bis zum Drohnenkrieg und alle Facetten von Schattenkriegen. Auf der untersten Stufe der Dynamik ist dann wohl die ‘Demokratie-Förderung’ im Stil des ‘National Endowment for Democracy’ anzusiedeln.“⁷

US-amerikanische Strategie-Studien überraschen immer wieder. Besonders aufschlussreich ist das Papier vom Mai 2010 der „Rockefeller Foundation“, überschrieben „Scenarios for the Future of Technology and International Development“. Auf Seite 18/19 findet sich unter der Überschrift „Lock Step“:

„Eine Welt der strengeren Regierungskontrolle von oben nach unten und einer autoritäreren Führung, mit begrenzter Innovationskraft und wachsendem Pushback der Bürger“: „Im Jahr 2012 traf die Pandemie, die die Welt seit Jahren erwartet hatte, endlich ein ... die fast 20 Prozent der Weltbevölkerung infizierte und tödlich traf.

8 Millionen in nur sieben Monaten, die meisten von ihnen gesunde junge Erwachsene. Die Pandemie hatte auch tödliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaften: Die internationale Mobilität von Menschen und Gütern kam zum Stillstand ... Die Pandemie überzog den Planeten, ... aber selbst in den entwickelten Ländern war die Eindämmung eine Herausforderung. ... Einige wenige Länder haben sich jedoch besser geschlagen – vor allem China ... Das schnelle Eingreifen der chinesischen Regierung stoppte die Ausbreitung des Virus viel früher als in anderen Ländern, und dies ermöglichte eine schnellere Erholung nach der Pandemie ...

Die Idee einer stärker kontrollierten Welt fand zunächst breite Akzeptanz und Zustimmung. Die Bürger gaben bereitwillig einen Teil ihrer Souveränität – und ihrer Privatsphäre – an paternalistischere Staaten ab.

Die Bürger waren ... begieriger nach einer Führung und Aufsicht von oben nach unten, und die nationalen Führer hatten mehr Spielraum, um Ordnung in der von ihnen für richtig gehaltenen Weise durchzusetzen.“

Visionäres Denken? Anregung für Psychopathen?

Corona-Planspiele

In der Coronakrise gibt die mit dem Namen Rockefeller eng verbundene „John Hopkins University“ (JHU) weltweit den Takt an. In einem Ranking der nationalen Gesundheitssysteme stellte die JHU die USA auf Platz 1, China dagegen auf Platz 51. Das mag Trump wohl zu seinen ersten Fehleinschätzungen verführt haben. ARD-Tagesschau und andere globale Medien zitieren unterwürfig die JHU, wenn es um die Zahlen der Infizierten und Toten beim Corona-Virus Covid-19 geht. Die Zahlen lassen jede wissenschaftliche Redlichkeit vermissen, da alle Toten, bei denen Covid-19 nachgewiesen wurde, automatisch als durch Covid-

19 gestorben geführt werden. Nur die Gerichtsmedizin könnte die tatsächliche Todesursache feststellen. Laut Schätzung von Professor Walter Ricciardi, Mitglied der WHO, sind nur 12 % aller sog. Corona-Toten an den Folgen von Covid-19 verstorben. Da stellt sich die Frage, warum die JHU hier hochwissenschaftlich die berechtigten Ängste in der Bevölkerung noch schürt?

Die JHU als private Universität unterhält direkte Beziehungen zum Militär und zur US-Aussenpolitik und beherbergt die nach dem Investmentbanker Paul Nitze benannte „School of Advanced International Studies“ (SAIS). Nitze war in den 1950er Jahren Marine- und stellvertretender Verteidigungsminister der USA und trat als „Falke“ dann mit Ronald Reagan für die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa ein.⁸ Eine JHU-Absolventin ist Madeleine Albright, Ex-US-Aussenministerin. In einem Fernseh-Interview 1996 antwortete Albright auf die Frage, ob das US-amerikanische Embargo gegen den Irak, das eine halbe Million irakischer Kinder das Leben gekostet hat, diesen Preis wert gewesen sei, mit: „Es ist diesen Preis wert.“⁹

Zu Ehren des New Yorker Bankers und Medienmoguls Michael Bloomberg gab es 2001 einen Namenszusatz: „JH Bloomberg School of Public Health“. Die Agentur Bloomberg verbreitet weltweit vielzitierte Informationen der Wall Street.

Neben Bloomberg ist die Stiftung des Microsoft-Gründers William Gates der grösste Sponsor der JHU auf dem Gebiet der Gesundheit. Neben Projektspenden und anderen Kooperationen gründete die Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF), die grösste Unternehmensstiftung der Erde mit einem Budget von bisher 40 Milliarden, 1999 an der JHU ein eigenes Institut: „Bill & Melinda Gates Institute for Population and Reproductive Health“. „Es organisiert Familienplanung und ‚sozialen Wandel‘ in 30 ausgesuchten Ländern vor allem Asiens, dann auch Afrikas, Lateinamerikas und des Mittleren Ostens. An der JHU werden Wissenschaftler von dort mit Stipendien bedacht, in ‚strategischer Führerschaft‘ ausgebildet und dann in ihren Herkunftsländern als medizinische Führungskräfte eingesetzt.“¹⁰ Bei dieser Staatsnähe und im Hinblick auf „Operations Other Than WAR“ ist die Nähe zur CIA unausweichlich.

Am 18. Oktober 2019 organisierte das „JHU-Center for Health Security“ in New York das dreieinhalbstündige Planspiel „Event 201“. Mitveranstalter waren die Gates-Stiftung und das „World Economic Forum“.

„Die Ausgangslage: Ein vom Tier auf den Menschen übertragenes, neues und SARS-ähnliches Corona-Virus, aber aggressiver, breitet sich von Schweinefarmen in Brasilien in südamerikanische Grossstädte aus, gelangt durch Flugreisende nach Portugal, in die USA und nach China und von dort in die ganze Welt. Im ersten Jahr ist noch kein Medikament verfügbar. Die Infizierten und Toten verdoppeln sich zunächst jede Woche, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden immer heftiger.

Ende des Szenarios: Nach 18 Monaten hat die Pandemie 65 Millionen Tote gefordert. Entweder ist nun ein Medikament gefunden oder 80 bis 90 Prozent der Erdbevölkerung werden noch dem Virus exponiert.“¹¹

Am Planspiel nahmen unter der Leitung von Tom Inglesby, Direktor des Center for Health Security, Vertreter folgender Akteure teil:

Gates-Stiftung

Weltbank

Pharma- und Medizingeräte-Konzerne Johnson & Johnson und US Medical Group Henry Schein

Hotelkette Marriott

Logistikkonzern UPS

Lufthansa Group Airlines

auf Politikbeziehungen und Risikoanalyse spezialisierte US-PR-Agentur Edelman

Medienkonzern NBC Universal Media

zentrale US-Gesundheitsbehörde CDC

ein Ex-Direktor der CIA und Ex-US-Sicherheitsberater.¹²

Zwei Monate später brach in der chinesischen Millionenstadt Wuhan die Covid-19-Epidemie aus. „Dann relativierte die JHU die 65 Millionen Toten und die Nicht-Verfügung eines Medikaments: Es habe sich nicht um eine Voraussage gehandelt, sondern um eine Fiktion. Zwei Monate später gab die JHU bekannt: Wir haben den Covid-19-Test entwickelt.“¹³

Neben den genannten Sponsoren Bloomberg und Gates wird die JHU auch von der Robertson-Stiftung des New Yorker Hedgefonds-Managers Julian Robertson (Tiger Management) und vom „Open Philanthropy Project“ des Facebook-Mitgründers Dustin Moskovitz unterstützt. Überraschenderweise gehört auch die „Economist Intelligence Unit“ dazu. Hier werden Unternehmen bei der globalen Suche nach dem günstigsten Standort für Auslagerungen und Dienstleistungen beraten und die Zeitschrift „The Economist“ verlegt.

Economist-Visionen

Die Titelseite von „THE ECONOMIST“ Ende Dezember 2018 ist der Ausblick auf die 33. Edition, überschrieben „The World in 2019“. Okkulte Symbolik wird mit Verweisen auf die Kontrolle und Manipulation der Massen vermischt. Es scheint den Autoren eine bizarre Freude zu bereiten, katastrophale Ereignisse verschlüsselt vorherzusagen, während die meisten Leute mit vagen und unerklärlichen Verweisen weiter-raten müssen. Wie in allen Zeiten hält die Elite gern Informationen zurück.

Unten links stiehlt sich das Schuppentier Pangolin aus dem Bild. Soll der Pangolin für das neuentdeckte Coronavirus CoV-2 stehen? Am 7. Februar 2020 brachte der SPIEGEL den Artikel: „Pangolin könnte Erreger auf den Menschen übertragen haben.“ 14 Laut dem Artikel vermuten chinesische Forscher, dass sich die ersten Menschen bei seltenen Schuppentieren infiziert haben. Der Pandabär in der Bildmitte soll wohl auf den Ausbruch in China verweisen. Direkt unter Putin, auf Nordeuropa stehend und Amerika zugewandt, warten die Vier Reiter der Apokalypse. Das Buch der Offenbarung beschreibt die Reiter als Vorboten des Jüngsten Gerichts. Das weisse Pferd soll Eroberung, Pestilenz und das Kommen des Antichristen symbolisieren; das rote Pferd steht für Krieg; das schwarze Pferd wird mit Hungersnot in Verbindung gebracht, und das blasse Pferd bringt den Tod. Das sind einige unbeholfene Katastrophenvorhersagen, wohingegen das Abbild des grossen Wissenschaftlers Leonardo da Vinci ein Fingerzeig auf die Wissenschaft sein könnte. Leonardos „vitruvianischer Mensch“ mit seinen vier Armen beherrscht das Bild. Er trägt eine „Virtual Reality“-Brille – es ist nichts so, wie es scheint –, die auf etwas Menschengemachtes und Künstliches verweist. Die DNA-Doppelhelix auf dem rechten Arm lässt auf intensive Forschung auf dem Gebiet der DNA-Modifikation, auf Biochemie und Impfbetreiber schliessen. In seinen Händen hält er ein Cannabisblatt, einen Baseball und ein Smartphone. Man könnte argumentieren, dass all diese Dinge dazu dienen, den modernen Menschen zu unterhalten. Die Waage – ein klassisches Symbol für Gerechtigkeit – ist jedoch stark geneigt. Ein Zeichen für die Ungerechtigkeit auf dieser Welt?

Insgesamt scheint dieser moderne vitruvianische Mensch verblendet, geschwächt, abgelenkt und unterdrückt zu sein. Der Kreis um ihn herum, der einst das <geistige> Reich symbolisierte, ist jetzt die Erde. Hat dieser Mensch seine Seele verloren?

Angesichts der sich an mehreren Fronten zusammenbauenden schweren Krisen kommen auf die Menschen grosse Herausforderungen zu, grösser vermutlich als die im letzten Jahrhundert. Es gibt eine Aktienmarktblase, eine Immobilienblase sowie eine Super-Blase bei Anleihen. Es dürfte die grösste Blase in der Geschichte der Menschheit sein. Dazu kommen eine globale Pandemie historischen Ausmasses, finanzielle Instabilität und ein aus den Fugen geratener Aktienmarkt.

Die verzweifelten Versuche, Billionen neuer Geldscheine zu drucken, die Zinssätze auf unter Null zu senken und gescheiterten Institutionen aus der Patsche zu helfen, sind zum Scheitern verurteilt: All diese Tricks sind jetzt ausgereizt. Nun muss aus dieser Blase vorsichtig die Luft herausgelassen und das ganze System neu aufgebaut werden.

In das Zeitfenster passt das US-Strategiepapier „TRADOC 525-3-1 Win in a Complex World 2020–2040“. Darin wird für die US-Streitkräfte als Hauptziel genannt, die Bedrohung durch Russland und China zu beseitigen. Dabei wird nicht auf eine direkte Eroberung einzelner Staaten gesetzt, sondern auf eine gezielte Doppelstrategie von Destabilisierung und Einflussnahme über Nichtregierungsorganisationen und Geheimdienste. Also erst die Erzeugung von Chaos, dann die Etablierung der gewünschten Strukturen.

Hoffnung macht in diesen Tagen die sichtbare Hilfsbereitschaft dieser im Focus der US-Streitkräfte liegenden Länder. Trotz der über Russland und China verhängten Sanktionen landen russische und chinesische Transportflugzeuge mit Hilfsgütern und Hilfskräften in den besonders von der Pandemie heimgesuchten Ländern, sogar in den USA. Das lässt auf eine friedlichere Welt hoffen.

Anmerkungen:

1) UN-Sicherheitsrat zu Corona-Virus:

Guterres warnt vor Viren als Waffe; vom 10.4.2020 <https://www.tagesschau.de/ausland/un-sicherheitsrat-bioterror-101.html>

2) Zitiert aus Jochen Mitschka: Entwickeln die USA neue biologische Waffen? Vom 28. September 2018 unter <https://www.heise.de/tp/features/Entwickeln-die-USA-neue-biologische-Waffen-4177163.html>

3) Siehe dazu Wolfgang Effenberger: Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt, Rottenburg 2016, Kapitel „HAARP – ein faustisches Waffensystem“, S. 274–280

4) William S. Cohen, Briefing 28. April 1997 (Original mit Bild hier.)

5) Siehe dazu Wolfgang Effenberger: Das amerikanische Jahrhundert, Teil 1: Die verborgenen Seiten des Kalten Krieges, Norderstedt 2011.

6) Alfred de Zayas: „Priorität muss sein, jetzt Leben zu retten – die weltweite Verurteilung von Sanktionen muss folgen“, Zeit-Fragen vom 7. April 2020, Titelseite

7) Wolfgang Effenberger:

„Win in a Complex World“ vom 29.10.2014 unter <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20915>

8) Werner Rügemer: „Die USA haben das sicherste Gesundheitssystem der Welt“ – Die Johns Hopkins University und das globale Pandemien-Management 1.4.2020 <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=59825>

9) <https://www.youtube.com/watch?v=xYXK7uh93Uo>

10) Werner Rügemer: „Die USA haben das sicherste Gesundheitssystem der Welt“ – Die Johns Hopkins University und das globale Pandemien-Management 1.4.2020 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=59825>

11) Ebenda

12) Ebenda; Event201 Pandemic exercise underscores immediate need for public-private cooperation to mitigate severe economic and societal impacts of pandemics, centerforhealthsecurity.org/event201/190117-press-release.html, nicht mehr abrufbar

13) Ebenda

14) <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-schuppentier-koennte-virus-auf-mensch-uebertragen-haben-a-dbc7aece-110e-45ac-98f2-b5fd8>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/04/14/un-generalsekretaer-warnt-vor-missbrauch-der-viren-als-bio-waffe/>

Den Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt stellen? Na, dann fangen wir doch mal damit an ...

In der Coronakrise hat das politische Spitzenpersonal seine Vorliebe für die Volksgesundheit erkannt. Angela Merkel beförderte jüngst den Gesundheitsschutz der Bürger zu ihrer obersten politischen Leitlinie und Bundesfinanzminister Olaf Scholz findet es gar „zynisch“, auch nur darüber zu diskutieren, „dass gesundheitliche Fragen hintanstellen und wirtschaftliche Fragen vorangehen sollten“. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn Merkel, Scholz und Co. es mit ihrer neu entdeckten Begeisterung für den Gesundheitsschutz ernst nehmen, warten abseits von Corona zahlreiche weitere Betätigungsfelder für politische Lebensretter. Let's go! Oder lieber doch nicht? Eine Polemik von Jens Berger.



Jens Berger
14. April 2020 um 13:35

Ein Artikel von: Jens Berger

Weltweit hat das neue Coronavirus bis heute 120 000 Todesfälle gefordert. Das entspricht in etwa der Zahl an Menschen, die alleine in Deutschland Jahr für Jahr an den Folgen des Tabakkonsums sterben. Fast jeder achte Todesfall ist hierzulande somit durch das Rauchen bedingt, auch wenn es hier – ähnlich wie bei Corona – Probleme bei der Definition gibt. So stirbt natürlich kein Mensch direkt „durch“ das Rauchen. Rauchen ist jedoch der Hauptrisikofaktor für zahlreiche Krebsleiden sowie für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und chronische Erkrankungen der Atemwege, und so strittig die Zuschreibung der Todesursache im Einzelfall sein mag, so unstrittig ist es, dass das Rauchen über die statistischen Feinheiten hinweg in den industrialisierten Gesellschaften die Todesursache Nummer Eins ist. Wenn der Gesundheitsschutz der Bürger nun tatsächlich oberste Priorität hat, warum ist dann der Verkauf von Tabakprodukten in Deutschland eigentlich überhaupt noch erlaubt? Könnte es an den rund 14 Milliarden Euro Steuereinnahmen aus der Tabaksteuer liegen? Aber dann würden ja die gesundheitlichen den wirtschaftlichen Fragen hintangestellt und das wäre nach aktueller grosskoalitionärer Sprachregelung „zynisch“. Oder ist die deutsche Politik bei diesem Thema etwa selbst zynisch? Nach Ansicht der EU gehört Deutschland nämlich zu den Staaten, die „nicht den politischen Willen haben“, um den Kampf gegen den Tabakkonsum zu forcieren. Wenn Merkel, Scholz und Co. Menschenleben retten wollen ... manchmal sieht man ja bekanntlich den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Ähnlich sieht es bei der Fettleibigkeit aus. Die wird für rund 75 000 Todesfälle pro Jahr in Deutschland verantwortlich gemacht – hier sterben die meisten Opfer dann an Herz-Kreislauf-Krankheiten, Tendenz steigend. Würde die Politik es mit ihrer rührenden Sorge um die Volksgesundheit ernst nehmen, könnte sie ja beispielsweise damit anfangen, besonders hochkalorische Ernährung für Kinder zu verbieten und

Konsumenten mittels einer transparenten Kennzeichnung über die Inhaltsstoffe von Lebensmitteln zu informieren. Das stösst aber bei der Lebensmittelindustrie und ihrem politischen Arm innerhalb der Regierung, Julia Klöckner, auf wenig Gegenliebe. Hat Angela Merkel ihrer Parteifreundin etwa noch nichts von ihrer neu entdeckten Liebe für den Gesundheitsschutz erzählt? Kaum möglich, bei 75 000 Todesfällen pro Jahr müssen die wirtschaftlichen Interessen doch hintanstehen. Oder doch nicht?

Und wo wir schon bei der Weinkönigin Julia Klöckner sind – gleich hinter dem Rauchen und der Fettleibigkeit taucht – sicher gerne in Kombination – der Alkohol gleich an dritter Stelle der Todesursachen auf. Rund 74 000 Menschen sterben Jahr für Jahr an den direkten und indirekten Folgen ihres Alkoholkonsums. Würde man diese Todesfälle so rigoros verhindern wollen wie die Opfer der Corona-Pandemie, müsste man den Konsum alkoholhaltiger Produkte, angefangen beim Doppelkorn über den fränkischen Bocksbeutel bis hin zur Weinbrandbohne, von heute auf morgen untersagen. Sicher, das wären nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich sehr tiefgreifende Massnahmen, arbeiten doch vom Winzer über den Brauer bis hin zum Einzelhandel und der Gastronomie Millionen Menschen vom Alkohol. An diese Jobs zu erinnern, wäre aber gemäss der Scholz'schen Diktion ebenfalls zynisch. Wahrscheinlich sitzt das „Corona-Kabinett“ daher bereits an einem Gesetzesentwurf, der den Anbau, den Handel und den Konsum alkoholhaltiger Produkte künftig untersagt. Wenn die Volksgesundheit das Nonplusultra sein soll und wirtschaftliche Interessen sich dem unterzuordnen haben, kann es schliesslich keine andere Lösung geben. Oder habe ich da was falsch verstanden?

Laut WHO sind die Zivilisationskrankheiten, die aus dem Konsum von Tabak und Alkohol sowie dem Übergewicht resultieren, eine weitaus grössere Bedrohung der Volksgesundheit als jede andere der Menschheit bekannte Epidemie. Verglichen mit den Todesziffern, die Tabak-, Alkoholkonsum und Übergewicht auf dem Kerbholz haben, ist Covid-19 in der Tat eine eher kleine Nummer. Da ist es doch zumindest erstaunlich, dass die Politik bereit ist, für Covid-19 das halbe Land wirtschaftlich lahmzulegen, während man die viel grösseren Gefahren für die Volksgesundheit lieber ignoriert. Nebenbei: Die aktuelle Zahl der Covid-19-Toten in Deutschland liegt übrigens immer noch deutlich unterhalb der der Todesopfer durch Sturzverletzungen im eigenen Haushalt.

Die Zivilisationskrankheiten sind ja nur die Spitze des Eisberges. Wie steht es jedoch eigentlich um die rund 20 000 Todesopfer, die Jahr für Jahr auf Kosten von Krankenhauskeimen gehen? Sicher, wer diese Toten verhindern will, müsste tief in die Tasche greifen und vor allem mehr Personal für die Krankenhäuser fordern; aber da es hier ja um den Gesundheitsschutz und nicht um profane Renditen geht, wird Merckels Kabinett ja ganz sicher schon bald dieses Thema angehen. Alles andere wäre eine grosse Überraschung.

Und wenn man in Berlin schon dabei ist, kann man gleich ein grosses neues Gesetzespaket mit flankierenden Massnahmen auf den Weg bringen ... Einführung neuer Tempobegrenzungen auf den Autobahnen und Strassen, der Bau sicherer Fahrradwege, strengere Emissions- und Immissionsrichtlinien für Schadstoffe und, und, und. Wenn wirtschaftliche Interessen bei solchen Abwägungsfragen keine Rolle mehr spielen, dürften dem Gesundheitsschutz ja goldene Zeiten in Aussicht stehen und die „Corona-Pandemie von 2020“ wird als Wendepunkt in die Geschichte eingehen. Glauben Sie nicht? Oder ist das jetzt etwa auch „zynisch“?

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=60198>

Deutschlands Corona-Politik:

„Nicht gut, nur weniger schlecht als in anderen Ländern“ © REUTERS / MATTHIAS RIETSCHEL

08:22 16.04.2020 (aktualisiert 08:26 16.04.2020)

Von Ilona Pfeffer

Mit der Forderung nach der Aufhebung des Versammlungsverbots tut sich die Linkspartei derzeit keinen Gefallen. Punkten kann vor allem die Union, doch nicht etwa deswegen, weil sie gute Politik in Sachen Pandemie-Bekämpfung macht, sondern nur, weil sie weniger schlecht abschneidet als andere westliche Regierungen.

Die Corona-Pandemie stellt Politik und Gesellschaft vor Herausforderungen in bisher ungekannter Form. Von der Regierung wird erwartet, dass sie „richtig“ reagiert, zugleich muss die Bevölkerung erhebliche Einschränkungen von Bürgerrechten in Kauf nehmen, und noch kann niemand sagen, wie lange das so bleibt und ob nicht vielleicht noch härtere Einschnitte kommen werden.

Über die ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, das Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich und die Position der Linkspartei sprach Sputniknews Deutschland in einem schriftlichen Interview mit dem Buchautor und EU-Experten Andreas Wehr.

Herr Wehr, trotz dieser Einschränkungen, die nicht von allen gutgeheissen werden, scheint die Bundesregierung insgesamt ganz gut abzuschneiden, allen voran die Union, die als einzige in den Umfragewerten zulegen kann und sich derzeit bei 36 Prozent befindet. Ist der Umgang der Bundesregierung mit der

Pandemie aus Ihrer Sicht souverän und die Zustimmungswerte begründet? Wie kann man ihre Handlungsweise im internationalen Vergleich einordnen?

Die guten Noten, die man der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, sowohl im Ausland als auch in Deutschland gibt, sind nur vor dem Hintergrund der katastrophalen Verhältnisse in anderen Ländern, etwa in Italien, Spanien, Frankreich, vor allem aber in den USA und Grossbritannien zu verstehen. In Wahrheit ist die deutsche Politik alles andere als gut, sie ist nur nicht so schlecht wie eben in diesen Ländern. Vergleicht man sie aber mit der Politik ostasiatischer Länder wie China, Singapur, Taiwan, Hongkong, Vietnam oder Südkorea, erkennt man leicht, dass auch die Politik der Bundesregierung den Herausforderungen nicht im Entferntesten gerecht wurde und wird. Ich will hier nur zwei Zahlen vergleichen: In China, dem Ursprungsland der Pandemie, starben nach offiziellen Angaben bisher 3345 Menschen. In Deutschland sind mit Stand vom 15. April bereits 3254 Menschen an Covid-19 gestorben. Also fast genauso viel. Doch Deutschland ist ein Land mit 83 Millionen Einwohnern, China hat fast 1,4 Milliarden. Und hat es dort seit Wochen keinen Todesfall mehr gegeben, so wird es in Deutschland leider noch sehr viele Tote mehr geben. Da tröstet es nicht, dass es in anderen Ländern noch düsterer aussieht. Ganz ähnlich sieht es bei den Infektionszahlen aus. Gelten in Deutschland tägliche Zuwächse von 2500 schon als Erfolg, man spricht dann von einem Abflachen der Kurve, so ist es völlig anders in China und in den anderen ostasiatischen Ländern. Da schrillen schon bei einem Dutzend neuer Fälle die Alarmglocken.

Warum ist das so? Was ist konkret schiefgelaufen?

Die Bundesregierung hat – wie die Regierungen der anderen westlichen Länder auch – die Gefährlichkeit des Virus lange Zeit vollkommen unterschätzt und verharmlost. Die ostasiatischen Länder hatten bereits Anfang, spätestens Mitte Januar 2020 Einreisesperren gegenüber Menschen aus China verhängt und begannen zugleich damit, jede einzelne Infektion im Land zu verfolgen und die Betroffenen zu isolieren. Zwar war man anfangs auch in Deutschland noch darum bemüht, vereinzelter Infektionsketten nachzugehen – etwa in München Anfang Februar beim Autozulieferer Webasto, wo eine aus China gekommene Mitarbeiterin mehrere Kollegen angesteckt hatte –, zugleich liess man aber die Grenzen offen. Flugreisende aus den damaligen Hotspots der Epidemie, aus China, Südkorea und dem Iran, konnten ohne jede gesundheitliche Kontrolle einreisen. Sie mussten lediglich sogenannte Aussteigekarten ausfüllen, aber dann auch nur, wenn der Verdacht auf eine übertragbare Krankheit an Bord bestand. Auf den Karten sollte die Wohnadresse des Passagiers angegeben werden. Mit diesen Angaben wollte man die Nachverfolgbarkeit einer infizierten Person möglich machen. Tatsächlich stapeln sich diese Karten – wie vom Tagesspiegel Mitte März recherchiert wurde – ungeordnet in grossen Kartons in irgendwelchen Abstellräumen der Flughäfen. Erst am 17. März 2020 einigte man sich in der EU auf einen generellen Einreisestopp für alle Nicht-EU Bürger. Da war es aber zu spät. Das Virus war längst überall angekommen. Es hatte dreieinhalb Monate Zeit gehabt, sich in Europa zu verbreiten.

Wie kann man sich dieses Versagen erklären?

In Deutschland und in der EU glaubte man offensichtlich, dass sich das Virus lediglich in der Region ausbreiten werde, wo es entstanden war, also in China und vielleicht noch in einigen anderen Ländern Ostasiens. So war es ja tatsächlich bei der SARS-Pandemie 2002/03 gewesen. Doch das war ein gewagtes Vabanque-Spiel. Und das Virus spielte da nicht mit. Zum anderen setzte man alles daran, solange es noch irgendwie ging, den freien Reise- und Warenverkehr aufrechtzuerhalten. Die nahezu ungehinderte grenzüberschreitende Mobilität ist nun einmal das Mantra des Neoliberalismus schlechthin. So hat die EU bekanntlich den Anspruch, ihren Bürgern einen unbegrenzten Binnenmarkt mit völliger Personenfreizügigkeit zu bieten. Diese Politik wollte man lange Zeit um nichts in der Welt aufgeben. Lieber nahm man die Durchseuchung des Grossteils der Bevölkerung in Kauf. Noch am 12. März 2020 erklärte Angela Merkel, dass sich 60 bis 70 Prozent der deutschen Bevölkerung in nächster Zeit infizieren werden. Erst als Virologen und Epidemiologen Alarm schlugen und erklärten, dass man damit bis zu Hunderttausende Tote in Kauf nähme, war man zu einer Korrektur bereit. Jetzt wurden plötzlich Versammlungen jeglicher Art untersagt, Bildungseinrichtungen geschlossen und Kontakteinschränkungen eingeführt, die wir heute noch haben. Boris Johnson und Donald Trump hielten noch einige Tage länger an der neoliberalen Politik der absoluten freien Mobilität fest, ehe auch sie unter dem Druck der besorgten Bevölkerung beidrehen mussten. Wenn man aber genauer hinsieht, ist diese Politik der bewussten Durchseuchung der Bevölkerung in Deutschland bis heute nicht aufgegeben worden. Die ergriffenen Massnahmen dienen ja ganz offiziell nur dazu, die Ansteckungszahlen niedrig zu halten, um das Gesundheitswesen nicht zu überfordern. Die Infektionen und damit auch das Sterben können daher – wenn auch auf niedrigem Niveau – ruhig weitergehen. An einen Sieg über das Virus, wie er in China errungen wurde, denkt hier niemand. Die Frage drängt sich daher auf: Wer ist der Barbar? China oder der Westen? Papst Franziskus hat den Kapitalismus mal eine Wirtschaft genannt, die tötet. Wie Recht er damit hat, kann man heute sehen. Obwohl zu den Top-Massnahmen der Eindämmung der Pandemie neben Mundschutz und Händewaschen vor allem auch die Kontaktbeschränkungen gehören und man am Beispiel China sehen kann, dass

das offensichtlich eine Wirkung zeigt, regt sich von verschiedenen Seiten gerade gegen das Versammlungsverbot Widerstand. Die Bandbreite ist sehr gross – von eigentlich völlig unpolitischen Menschen über verschiedene „alternative Medien“, darunter auch „verschwörungstheoretische“, bis hin zu der Linkspartei, die die Aufhebung des Versammlungsverbots fordert, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Begründet wird es damit, dass die Corona-Pandemie nicht ausgenutzt werden dürfe, um unliebsamen Protest zu verhindern. Wie bewerten Sie diese Position? Inwiefern sind Kritik und Sorge bezüglich der Einschränkungen gerade berechtigt (allgemein)? Und inwiefern ist es klug und richtig von DIE LINKE, gerade jetzt die Aufhebung des Versammlungsverbots zu fordern?

Man muss unbedingt genau hinsehen, was da so von heute auf morgen alles unter der Überschrift „Kampf dem Coronavirus“ an Gesetzen und Verordnungen beschlossen, ja manchmal sogar durchgepeitscht wird. Da wollte etwa die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mal so eben die Dienstpflicht für das medizinische Personal einführen und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sprach sogar von der Ersetzung des Bundestages durch ein Notparlament. Solchen Vorhaben muss unbedingt die rote Kartei gezeigt werden! Etwas ganz anderes ist aber das angeordnete Versammlungsverbot. Demonstrationen und Versammlungen untersagt man gegenwärtig deshalb, weil es dabei notwendigerweise zu unzähligen engen Kontakten zwischen Menschen kommt. Und sie begünstigen nun einmal Ansteckungen extrem. Diese Gefahr besteht ja ebenso unter Zuschauern bei Sportveranstaltungen, Konzerten, Theateraufführungen, bei den Besuchern von Messen, Gottesdiensten usw. Auch die hat man ja alle deshalb untersagt. Das sind Einschränkungen, die ausgesprochen sinnvoll sind und die das Bundesinfektionsschutzgesetz im vorliegenden Fall einer Pandemie ausdrücklich auch vorsieht. Wer diese Zusammenhänge nicht versteht oder verstehen will, der muss sich eben von der Polizei belehren lassen. Und das zu Recht, denn er gefährdet die Gesundheit und das Leben unzähliger Menschen! Die Partei DIE LINKE sollte sich daher nicht mit solchen Anarcho-Libertären gemein machen, die Woche um Woche auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz die Staatsgewalt mit sogenannten „Hygiene-Demonstrationen“ herausfordern wollen und dabei „Toilettenpapier für alle!“ rufen. Solcher Ulk ist nicht lustig, sondern hochgefährlich! Und er ist auch alles andere als links, denn links ist zunächst und vor allem einmal, wer das Recht auf Leben verteidigt.

Eine Reaktion DIE LINKE auf die Herausforderungen der Pandemie, die ihre Kernthemen stärker in den Vordergrund rücken würde, gab und gibt es durchaus auch. Etwa Kritik am kaputtgesparten Gesundheitssystem und Forderungen nach mehr Lohn für Pflegekräfte. Doch scheint sie damit nicht so richtig „punkten“ zu können. Wie sehen Sie das?

Das sind alles richtige Forderungen, die gegenwärtig auch von den Gewerkschaften erhoben werden. Aber als eine Partei, die ja antikapitalistisch sein will, sollte DIE LINKE sehr viel weiter gehen. Vor Jahren hat etwa Gregor Gysi die Vergesellschaftung der Pharmaindustrie verlangt. Damals hörte kaum jemand hin. Jetzt ist diese Forderung so aktuell wie nie. Und sie hat sogar die Chance, in der Bevölkerung Gehör zu finden. Die Parteivorsitzende Katja Kipping hat nun den Begriff „Infrastruktursozialismus“ als Forderung ins Spiel gebracht. Abgesehen davon, dass dies ein schreckliches Wortungetüm ist, wird darunter leider alles Mögliche verstanden. Genannt werden so unterschiedliche Bereiche wie Gesundheit, Mobilität, Bildung, Pflege und Wohnen. Auch ein flächendeckender gebührenfreier Bus- und Bahnverkehr und „Breitband für alle“ sollen dazu gehören. Das ist aber alles viel zu vage und klingt nach einem Wunschkatalog. Wie wäre es aber – etwas bescheidener – mit Forderungen nach einer grundlegenden Reform des Gesundheitssystems: Schluss mit privaten Krankenhäusern und privaten Pflegeheimen! Schluss mit dem Zweiklassen-System! Damit könnte eine kämpferische Linkspartei jetzt punkten.

Wie schneiden aus Ihrer Sicht die anderen Parteien ab? Wer kann aus der Krise „Profit ziehen“?

Es ist zu befürchten, dass jetzt ausgerechnet jene von der Krise profitieren, die – wie beschrieben – über Monate hinweg sträflich versagt haben und damit für die heutige katastrophale Situation verantwortlich sind. Dies sind die Parteien der Bundesregierung und hier in erster Linie CDU und CSU. Ihnen wird jetzt vertraut, da sie gegenwärtig einiges richtig machen, etwa rigide Massnahmen zumindest zur Eindämmung der Pandemie ergreifen. Die klare Mehrheit der Menschen will jetzt in der Not einen starken und handlungsfähigen Staat sehen. Die Partei DIE LINKE hat diesen Menschen aber wenig anzubieten. Sie hat sich in weiten Teilen in eine Bürgerrechtspartei gewandelt, die den Grünen nacheifert. Sie ist verfangen in ihrer Ideologie von „No Border – No Nation“. Damit ist aber jetzt und wahrscheinlich für lange Zeit – im wahrsten Sinne des Wortes – kein Staat zu machen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/interviews/20200416326909295-deutschlands-corona-politik-nicht-gut-nur-weniger-schlecht-als-in-anderen-laendern/>

Snowden warnt eindringlich vor Corona-Apps: "Architektur der Unterdrückung"

16.04.2020 • 09:45 Uhr, <https://de.rt.com/25y6> , Quelle: Reuters © Rafael Marchante

Edward Snowden nimmt kein Blatt vor den Mund, um vor den digitalen Hilfsmitteln zu warnen, die angesichts von COVID-19 erwogen werden. (Symbolbild)

Von den sogenannten Leitmedien kaum beachtet, ist Edward Snowden als kritischer Mahner nach wie vor aktiv. Es sind insbesondere die geplanten staatlichen Massnahmen in Sachen Tracking-App, vor denen der IT-Experte warnt. Die Zeit werde sich nicht mehr zurückdrehen lassen.

Den Vorwurf, ein "Verschwörungstheoretiker" zu sein, muss sich Whistleblower und IT-Fachmann Edward Snowden nicht gefallen lassen. Aufgrund seiner hieb- und stichfesten Enthüllungen – etwa über die weltumspannenden NSA-Abhörmassnahmen – sitzt der ehemalige CIA-Mitarbeiter nach wie vor im Moskauer Asyl. Wenn überhaupt jemand angesichts seiner persönlichen Einblicke, Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich institutionalisierter IT-Fragen Glaubwürdigkeit besitzt, dann ist das Edward Snowden.

In diesen Zeiten der globalen Corona-Pandemie meldet sich Snowden nun wieder verstärkt zurück, um vor den potentiellen Gefahren einiger staatlicher Massnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 zu warnen. Zuletzt steckte er seine Finger mehrfach in die Corona-Wunde, zunächst nur, um die verspäteten Reaktionen von Regierungen weltweit auf eine Entwicklung zu kritisieren, die alles andere als überraschend über die Menschheit gekommen sei.

In einer Welt, in der wir in überfüllten und verschmutzten Städten quasi aufeinander hocken, ist nichts so vorhersehbar wie eine Krise der öffentlichen Gesundheit, wie eine Pandemie. Und jeder Akademiker, jeder Forscher, der sich damit befasst hat, wusste, dass dies kommen würde", erklärte Snowden zuletzt in einem Interview mit dem US-Magazin Vice.

Tatsächlich lagen in etlichen Regierungsschubladen bereits seit Jahren die Blaupausen für den jederzeit drohenden Ausbruch einer globalen Krise durch eine Virus-Pandemie. Zudem sei es laut Snowden absurd, davon auszugehen, dass nicht auch all die Nachrichtendienste weltweit ebenfalls frühzeitig auf dem Laufenden gewesen seien:

Und in der Tat: Sogar die Geheimdienste, das kann ich Ihnen aus erster Hand sagen, denn sie haben die Berichte gelesen, die für Pandemien geplant waren", ergänzt Snowden.

Gestützt werden die Aussagen des Geheimdienstexperten von den jüngsten Berichten, wonach US-Nachrichtendienste angeblich bereits Ende vergangenen Jahres über Erkenntnisse in Bezug auf eine bevorstehende Pandemie verfügten. Mit ihren Warnungen seien sie jedoch nach eigenen Angaben bei den Politikern auf taube Ohren gestossen.

As authoritarianism spreads, as emergency laws proliferate, as we sacrifice our rights, we also sacrifice our capability to arrest the slide into a less liberal and less free world. Here's how it happens: <https://t.co/wwpLSW9O9N> — Edward Snowden (@Snowden) April 10, 2020

Jetzt sollen es also die Segnungen der Digitalisierung sein, die die eigenen Unzulänglichkeiten und teils hilflos und unkoordiniert wirkenden Massnahmen in Reaktion auf die Realität gewordene Krise kompensieren sollen.

Bereits Mitte März sickerte ein entsprechender Gesetzentwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium von Jens Spahn durch. In dem Schreiben wurde erörtert, wie Standortdaten von Mobiltelefonen aller Bürger im Kampf gegen Corona eingesetzt werden könnten. Die Zeit war da jedoch noch nicht reif für den letzten Schritt, die Krise in Deutschland noch nicht genügend eskaliert.

Von einem "massiven Grundrechtseingriff" sprach heute Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), sollten bestimmte Handy-Standortdaten zur Bekämpfung des Coronavirus eingesetzt werden. Deshalb sei die entsprechende Passage aus einem Entwurf des Infektionsschutzgesetzes gestrichen worden, der am Wochenende bekannt wurde", kommentierte Netzpolitik.org die Daten-Diskussion Ende März 2020.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Zur Umsetzung der entsprechenden Pläne brauche es nun vor allem nur noch eine möglichst "grosse Unterstützung im politischen und gesellschaftlichen Raum", erläuterte Spahn. Zuletzt war es Bundeskanzlerin Angela Merkel, die eine Nutzung von Apps im Kampf gegen Corona befürwortete. EU-weit arbeiten demnach über 130 Experten aus acht Ländern bereits emsig an solchen Tracking-Apps. Da sage doch noch jemand, die EU sei nicht mehr zur effektiven Zusammenarbeit fähig.

Seit Anfang April lässt die Bundesregierung demnach von Bundeswehrsoldaten der Berliner Julius-Leber-Kaserne eine App zur Nachverfolgung von Corona-Infektionsketten testen.

Und auch die Konkurrenz schläft nicht. Die US-Tech-Giganten Google und Apple wollen jetzt ebenfalls ihre Kompetenzen als Nutzniesser von Big-Data bündeln, um möglichst bald eine ganz "hippe", digitale Applikation zur Bekämpfung von COVID-19 zu entwickeln.

Die entsprechenden Apps müssten – selbstverständlich auf "freiwilliger Basis" – eingeführt werden, solange ein wirksamer Impfstoff fehle. Mit der tatsächlichen Freiheit der persönlichen Entscheidung ist es jedoch bekanntlich so eine Sache. Wer mag zukünftig dann zu jenem Kreis von vermeintlich "verantwortungslosen Zeitgenossen" gehören, die sich dem Sammeln und Auswerten zahlreicher persönlicher Daten einzig und allein für einen "guten Zweck" verweigern? Der gesellschaftliche und politische Druck wird sein Übriges tun, damit aus der vermeintlichen "Freiwilligkeit" schnell eine ehrenvolle Bürgerpflicht, eine Selbstverständlichkeit wird.

Es sind insbesondere diese Entwicklungen und der damit einhergehende massive Eingriff in die Grundrechte, die nicht zuletzt auch dem IT-Experten Snowden Sorgen bereiten.

Wenn sich der Autoritarismus ausbreitet, wenn Notstandsgesetze sich ausbreiten, wenn wir unsere Rechte opfern, dann opfern wir auch unsere Fähigkeit, dem Abgleiten in eine weniger liberale und weniger freie Welt Einhalt zu gebieten", ist Snowden überzeugt.

Der mit den staatlichen Massnahmen einhergehende massive Eingriff in die Grundrechte werde die Corona-Krise überdauern. Der Whistleblower mag den Regierungen zwar nicht absprechen, dass sie jetzt in guter Absicht handeln wollen. Das Dilemma bestünde jedoch darin, dass sie dennoch an dem Instrumentarium arbeiten, das Snowden "die Architektur der Unterdrückung" nennt.

Glauben Sie wirklich, dass – wenn die erste Welle, diese zweite Welle, die 16. Welle des Coronavirus eine längst vergessene Erinnerung sind – diese Fähigkeiten nicht erhalten bleiben werden? Dass diese Datensätze nicht aufbewahrt werden? Ganz gleich, wie sie genutzt werden – was da aufgebaut wird, ist die Architektur der Unterdrückung", gibt Snowden zu bedenken.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/101022-architektur-unterdruckung-snowden-warnt-vor/>

Das wahre Ausmass der andauernden Masseneinwanderung wird verborgen gehalten

hwludwig Veröffentlicht am 17. April 2020

Nichts fürchten Bundesregierung und Altparteien mehr als einen riesigen Ansturm von Migranten und Flüchtlingen wie im Herbst 2015. Denn der Einlass einer gestauten Masse kulturfremder Einwanderer würde den seit Jahrzehnten andauernd praktizierten Willen zur schleichenden millionenfachen Immigration offen hervortreten lassen und das schlafende Wahlvolk aufwecken. Der beruhigende Ruf, so etwas wie 2015 dürfe und werde sich nicht wiederholen, dient nur der Ablenkung von der weiter schleichend stattfindenden Masseneinwanderung.

Der Spiegel meldete am 6.12.2016 die Worte der Bundeskanzlerin Merkel: „Eine Situation wie die des Sommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen. Das war und ist unser und mein erklärtes politisches Ziel.“

Am 6.10.2019 hiess es im Spiegel, angesichts steigender „Flüchtlingszahlen“ auf den Inseln vor Griechenland habe Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vor einer neuen grossen „Fluchtbewegung“ nach Deutschland gewarnt: „Wir müssen unseren europäischen Partnern bei den Kontrollen an den EU-Aussengrenzen mehr helfen. Wir haben sie zu lange alleine gelassen. Wenn wir das nicht machen, werden wir eine Flüchtlingswelle wie 2015 erleben – vielleicht sogar noch eine grössere als vor vier Jahren.“

Doch gegen eine nicht so auffällige kontinuierliche illegale Einwanderung hat er nichts. Denn kurz vorher hatte er Italien zugesagt, künftig 25% aller „Bootsflüchtlinge“ aufzunehmen. Und am 29.9.2019 äusserte er im Innenausschuss des Bundestages, wie ein Mitglied des Ausschusses bezeugte: „Ja, wir können nicht verhindern, dass die anderen 75% auf dem Weg der Binnenmigration auch noch kommen. Wie auch? Wir haben ja keine nationalen Grenzkontrollen.“

Unglaublich. – Warum haben wir keine nationalen Grenzkontrollen? Weil Bundesinnenminister Seehofer sie gegen Recht, Gesetz und Verfassung nicht durchführen und alle Asylbewerber entgegen Art. 16a des Grundgesetzes nicht zurückweisen lässt. Dabei hat sein Vorgänger de Maizière zur Beruhigung der Bevölkerung durch Anordnung vom 13.9.2015 die Grenzkontrollen wieder eingeführt, jedoch – gegen alle Rechtsstaatsprinzipien – am selben Tag heimlich die Bundespolizei telefonisch angewiesen, keine Asylbewerber zurückzuweisen! Beide Anordnungen gelten bis heute. (s. genauer hier.) Seehofer setzt die Herrschaft des Unrechts fort!

Frühere Einwanderungen

Spätestens seit den 1980er Jahren ist zum Familiennachzug der ursprünglichen Gastarbeiter als weiteres Einfallstor millionenfacher Einwanderung das damals grosszügige Asylrecht hinzugetreten.

1986 stieg die Zahl der Asylbewerber erstmals auf über 100 000. Nach der Öffnung der Grenzen in Osteuropa nahm die Zahl der Asylbewerber drastisch zu. Sie lag 1989 in der Bundesrepublik bei 120 000, im Jahr 1990 bei 190 000 und stieg 1992 auf 438 000 (hier). Zwischen 1988 und 1993 kamen rund 7,3 Mio. Menschen nach Deutschland, 3,6 Mio. verliessen es im gleichen Zeitraum wieder, was eine Nettozuwanderung von 3,7 Mio. bedeutete (hier).

Daraufhin einigten sich CDU/CSU, SPD und FDP 1993 auf den bis heute geltenden Asylkompromiss des Art. 16a GG, wonach sich auf das Asylrecht in Deutschland nicht berufen kann, wer aus einem sicheren Drittstaat kommt. Danach sanken die Asylbewerberzahlen (insgesamt) kontinuierlich bis auf immerhin immer noch 28 000 Asylbewerber im Jahr 2008. Seit 2009 sind die Zahlen wieder angestiegen und erreichten 127 000 im Jahr 2013 und 202 834 im Jahr 2014, weil die EU-Zuständigkeitsregelungen der Dublin-III-Verordnung nicht eingehalten und nach dem Schengen-Abkommen der EU die Binnengrenzen nicht mehr kontrolliert wurden – obwohl die Freizügigkeit für Nicht-EU-Bürger überhaupt nicht gilt.

Unkontrollierte Zuwanderung seit 2015 in Deutschland

2015 schwoll der unkontrollierte Zustrom auf 476 649 und 2016 auf 745 545 Asylbewerber an, betrug dank der gegen Merkmals Willen geschlossenen Balkanroute 2017 „nur“ noch 222 683 und im Jahr 2018 noch 185 853 (hier).

2019 kamen nach der offiziellen Statistik immer noch 165 938 Asylbewerber illegal ins Land, das waren durchschnittlich 455 täglich (hier). Haupt-Herkunftsländer waren in der Reihenfolge: Syrien, Irak, Nigeria, Türkei und Afghanistan.

Doch diese offiziellen Asylzahlen, die durch die Medien meist ohne jegliche Erläuterungen übernommen werden, sind gezielt unvollständig. Der ehemalige Polizist Stefan Schubert, der noch seine Verbindungen hat, schreibt dazu:

„So werden bei den 165 938 Asylanträgen folgende Einwanderungen (Asyl) nicht berücksichtigt. In Klammern befinden sich die Zahlen aus dem Jahr 2018: Familiennachzug nach Visaerteilung (35 000), Familiennachzug subsidiärer Schutzberechtigter (3500), Umsiedlungsprogramme der EU und UN (3400) und Folgeanträge (24 000). In der Summe wurden 2018 damit 65 900 Zuwanderer durch die Bundesregierung aus der Asylstatistik gestrichen.“

Für 2019 ist nach Angaben eines Gesprächspartners aus dem Innenministerium mit ähnlichen Zahlen zu rechnen, sodass die tatsächliche Zahl der Migranten nicht bei den angegebenen 166 000, sondern bei ca. 230 000 liegen würde – zu vergleichen mit der Einwohnerzahl einer Grossstadt wie Freiburg.“

Unter Umständen ist die Zahl des Familiennachzugs noch höher. In einem mir vorliegenden vertraulichen Papier eines höheren Beamten der Bundespolizei heisst es, dass die Familienzusammenführung 2016 erstmals die 100 000er Marke überschritten habe. Ab 2017 sind keine offiziellen Zahlen mehr veröffentlicht worden. Ob dies mit dem Koalitionsvertrag oder der Befürchtung zu tun habe, die Bevölkerung akzeptiere keine hohe Zuwanderung mittels Familienzusammenführung mehr, sei dahingestellt. Auf jeden Fall tauchen diese Fälle in keiner Asyl-Statistik auf.“

Es wird darin auch darauf aufmerksam gemacht, dass Medien und die Politik stets die Jahre 2015 und 2016 als Ausgangslage wählen, damit dem Bürger suggeriert werde, dass alles besser wird. Dass die aktuellen Zahlen dieser Zuwanderung aber weit über den Jahresstatistiken von 1996 bis 2013 liegen, werde absichtlich verschwiegen.

Im Bereich der Abschiebungen sei Deutschland in den letzten drei Jahren ebenfalls nicht in der Lage gewesen, die geringen Zahlen zu steigern. Seien 2016 ca. 25 000 Menschen in ihr Heimatland rückgeführt worden, seien es im letzten Jahr, also 2019, lediglich knapp 22 000 gewesen. Und dies bei rund 250 000 im Grunde genommen ausreisepflichtigen Ausländern, für welche lediglich 650 Abschiebehaftplätze in ganz Deutschland zur Verfügung stehen.

Die „Welt“ berichtete am 12.1.2020 dazu, dass diese Entwicklung ja in schroffem Kontrast zu den Ankündigungen der Bundesregierung stehe, abgelehnte Asylbewerber wieder ausser Land zu bringen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe 2016 vor ihrem CDU-Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern bekundet: „Ablehnung heisst Ablehnung“. Es müsse klar sein: „Wessen Asylantrag abgelehnt wird, der muss Deutschland auch wieder verlassen.“

So werden die Menschen belogen.

Von den 250 000 Ausreisepflichtigen waren 200 000 sogenannte Geduldete. „Diese sind zwar weiterhin ausreisepflichtig und aufgefordert, das Land zu verlassen, sie erhalten aber eine Mitteilung, dass die Bundesrepublik sie „vorübergehend“ nicht abschieben kann.“

Wichtigster Duldungsgrund waren fehlende Reisedokumente. Die meisten Asylbewerber spazieren ohne Papiere über die Grenze, d.h., sie werfen diese vorher weg, denn solange ihre Identität nicht geklärt ist, stellen die Herkunftsstaaten keine Reisedokumente aus, und schon nach 18 Monaten dürfen die rund 600 Ausländerbehörden Aufenthaltserlaubnisse erteilen, und damit endet die Ausreisepflicht.

„Zudem wird nach einem Bericht der Innenministerien zur Rückführungslage, der dieser Zeitung ebenfalls vorliegt, aktuell darauf hingewiesen, dass 'aufgrund der teilweise jahrelangen Verfahren', die Ablehnung eines Schutzstatus nicht in jedem Fall eine Ausreisepflicht nach sich ziehe, 'weil in der Zwischenzeit die Voraussetzung für einen Aufenthaltstitel aus anderen Gründen, beispielsweise Geburt eines deutschen Kindes oder Heirat einer Person mit deutscher Staatsbürgerschaft, vorliegen'.

Laut dem Lagebericht scheiterten 2019 in den ersten drei Quartalen 20 210 Abschiebungsversuche noch kurz vor der Übergabe an die Bundespolizei, weil die Ausreisepflichtigen von den Landesbeamten nicht angetroffen wurden. Dass so viele Abzuschiebende sich entziehen, ist möglich, weil nur ein kleiner Teil schon einige Tage zuvor in Haft genommen wird. Weitere 2839 Abschiebungsversuche scheiterten selbst noch nach der Übergabe an die Bundespolizei, etwa wegen Widerstandshandlungen oder weil der Pilot eine Mitnahme verweigerte.“

Das läuft alles so seit Jahren, und wird vom Merkel-Regime nicht angegangen. Man will offensichtlich so viel wie möglich ins Land lassen und so wenig wie möglich abschieben müssen.

Corona-Krise

Dieser feste Wille zeigt sich auch darin, dass in der jetzigen Corona-Krise trotz Grenzschiessung Migranten mit dem Zauberwort „Asyl“ weiterhin ins Land dürfen, selbst wenn sie mit dem Virus infiziert sind. Doch ist trotzdem die Anzahl seit dem 16. März 2020 ausserordentlich stark zurückgegangen. „Sie belief sich laut Bundesregierung in der 12. Kalenderwoche auf zwölf Einreisen auf dem Land- und weiteren 20 auf dem Luftweg. In der 13. Kalenderwoche waren es nur noch vier auf dem Landweg und in der Woche darauf drei. Mit dem Flugzeug kamen laut der Statistik bisher gar keine Asylbewerber mehr.“ (Vgl. jungfreiheit.de)

Auch der Beamte der Bundespolizei bestätigt, dass infolge der zuerst von den Nachbarstaaten wieder eingeführten Grenzkontrollen die illegale Zuwanderung (und damit auch die illegale Einreise über eine Asylantragstellung) um ca. 80-90% abgenommen habe. Die Bundespolizei verzeichne die niedrigsten Aufgriffszahlen seit 2012.

Daran wird deutlich, dass Grenzkontrollen, wenn auch nicht lückenlos, die illegale Zuwanderung weitgehend verhindern können. Doch dies ist von der herrschenden politischen Kaste in Deutschland nicht gewollt.

Entwicklung in Südeuropa

Übereinstimmend mit dem auf Geheimdokumenten beruhenden oben erwähnten Bericht von Stefan Schubert und noch darüberhinausgehend, wird in dem vertraulichen Papier, das mir vorliegt, die Migrationsbewegung in den meisten betroffenen Ländern Südeuropas geschildert.

Griechenland:

„Die illegale Migration über See bewegt sich auf dem höchsten Niveau seit dem Inkrafttreten der EU-Türkei-Erklärung 2016. Landeten 2016 noch 16 680 Migranten an, so waren es 19 600 in 2017, 23 300 in 2018 und über 73 000 im letzten Jahr. Und diese aktuelle Entwicklung setzt sich auch in 2020 fort. Eine Zunahme von ca. 40% in den ersten sechs Wochen lässt die Migrationszahlen nunmehr das vierte Jahr in Folge steigen.“

Während an den Seegrenzen massenhaft Afghanen, Syrer und Iraker ein Asylgesuch stellten, seien es an den Landgrenzen zu über 75% Türken.

„Die fünf Inseln (Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos) bringen mehr als 40 000 Migranten unter, obwohl deren Kapazitäten nur bei ca. 10 000 liegen. Die Überfüllung der Camps auf den Inseln hat dazu geführt, dass die griechische Regierung entschieden hat, regelmässige Kontingente auf das Festland zu verlagern. Insgesamt sollen sich aktuell über 112 000 Migranten als Asylantragsteller in Griechenland aufhalten. Dies wäre eine Zunahme von über 40 000 im Vergleich zum letzten Jahr. Regelmässige gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Migranten untereinander oder mit den Behörden geben ein Bild der katastrophalen Lage in den Camps wieder. Der Unmut der Bevölkerung auf den Inseln über diese katastrophale Lage nimmt zu.

Die Rückführungen gemäss der EU-Türkei-Erklärung spielen nahezu keine Rolle. Seit April 2016 konnten lediglich ca. 2000 Rückführungen vollzogen werden.

Nachdem man 2017 über 1000 illegale Einreisen auf dem Luftweg von Griechenland nach Deutschland festgestellt hatte, habe am 12.11.2017 das Bundesinnenministerium für Flüge von Griechenland nach Deutschland Grenzkontrollen angeordnet, die aber schon wieder nach einem halben Jahr eingestellt worden seien. Anstelle dessen sei eine deutsch-griechische Vereinbarung zur Zurückweisung an der Grenze unterzeichnet worden und 2018 danach 12 Personen und im letzten Jahr ca. 50 zurückgewiesen. Und im letzten Jahr sei durch Beratungsmassnahmen von Bundespolizisten auf griechischen Flughäfen ein neues Rekordhoch von Beförderungsausschlüssen erzielt worden. Zahlen der Bundespolizei wiesen mehr als 8500 Ausschlüsse auf, also um ein Vielfaches mehr als in 2017. Dennoch schrecke das Ministerium davor zurück, nationale Grenzkontrollen von Griechenlandflügen anzuordnen.

Spanien:

„Im letzten Jahr verzeichnete Spanien eine deutliche Zunahme von über 50% von Asylsuchenden im Vergleich zum Vorjahr (55 000). Die Migranten kommen überwiegend aus den iberoamerikanischen Staaten mit dem Flugzeug, allen voran aus Venezuela und Kolumbien.“

Dem gegenüber stehe die deutliche Reduzierung der unerlaubten Einreisen aus Nordafrika um 45 %. Der Rückgang des Migrationsdrucks auf diese EU-Aussengrenze sei auf die verbesserte Zusammenarbeit mit Marokko, dem entscheidenden Herkunfts- und Transitland für Spanien, zurückzuführen.

Italien:

„Italien verzeichnete eine massive Reduzierung der Seeanlandungen von 181 000 in 2016 auf lediglich 11 400 Fälle in 2019, wenngleich seit August bzw. September des letzten Jahres wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist. Diese drastische Reduzierung ist auf die Migrationspolitik unter dem damaligen Innenminister Salvini zurückzuführen. Durch die neu gewählte Regierung, die bspw. von der „Politik der geschlossenen Häfen“ wieder abrückt, steigt die Zuwanderung wieder messbar. In den ersten sechs Wochen dieses Jahres haben mehr als 2000 Migranten das italienische Festland (Zunahme um 800 % zum letzten Jahr) und über 880 Malta (ein Plus von über 1200 %) erreicht.“

„Am 23. September 2019 vereinbarten die Innenminister von Italien, Malta, Frankreich und Deutschland einen temporären Notfallmechanismus zur Verteilung von im zentralen Mittelmeer aus Seenot geretteten Migranten. Dieser im Oktober 2019 im Rat für Justiz und Inneres verabschiedete Verteilmechanismus gilt sechs Monate mit einmaliger Verlängerungsoption. Dann soll die EU-Kommission über einen weiterführenden Mechanismus abstimmen. Sollten die Ausschiffungszahlen einen ungewollten Pull-Effekt erzeugen, können die teilnehmenden Staaten kurzfristig aussteigen. In Verhandlung ist auch ein Verhaltenskodex für die bei der Seenotrettung beteiligten NGOs.“

„Den Angaben der International Organisation of Migration (IOM) zufolge, geht die Anzahl der toten Menschen im Mittelmeer seit 2017 zurück. Wurden 2017 noch ca. 3100 Menschen vermisst, waren es 2300 in 2018 und 1800 im letzten Jahr. Diese Abnahme ist eindeutig auf die restriktivere Migrationspolitik Italiens und der Zusammenarbeit mit den libyschen Behörden zurückzuführen.“

Der Balkan als Transitregion:

2019 verzeichneten alle Länder dieser Region eine deutliche Zunahme der illegalen Migration. Die Zahlen sind bereits höher als die Werte des Jahres 2017. Sie kommen zwar nicht an die Zahlen der Jahre 2015 und 2016 heran, zeigen aber dennoch eine eindeutige Tendenz. Dabei seien sie alle Transitländer für vorwiegend Staatsangehörige aus den Ländern Afghanistan, Syrien, Pakistan, Irak und Marokko. Brennpunkte dieser Migration seien die Grenzen Griechenland-Nordmazedonien, Serbien-Ungarn und -Bosnien und Herzegowina-Kroatien.

„Die Migranten stellen bei Aufgriffen von Sicherheitsbehörden ein Asylgesuch, nutzen dann die Unterbringung in den Unterkünften, um anschliessend weiterzureisen. Die Steigerungsraten der Aufgriffszahlen an den Grenzen bzw. im Inland sind immens im Vergleich zum letzten Jahr.

Dazu folgende Aufstellung von illegalen Grenzübertritten 2019 (2018):

Nordmazedonien: 20 000 (13 700)

Albanien: 8600 (4800)

Montenegro: 7900 (4800)

Bosnien und Herzegowina: 30 000 (24 800)

Serbien: 37 000 (16 000)

Ungarn: 16 300 (6000) Rumänien: 1300 (670)

Kroatien: 19 900 (8200)

Slowenien: 16 100 (11 300).“

Die absolute Mehrheit der Migranten stelle sich nicht dem Asylverfahren in diesen Ländern, sondern versuche weiterzureisen. So hätten 2019 bspw. in Serbien 13 000 Migranten eine solche Erklärung abgegeben.

ben, jedoch nur ca. 170 tatsächlich einen Asylantrag gestellt. Die „Unattraktivität“ dieser Länder für Asylsuchende lasse sich am Beispiel Ungarn gut festmachen. „Dort haben im letzten Jahr lediglich 500 Migranten einen Asylantrag gestellt (nach 676 in 2018), während in Deutschland im Schnitt 450 Menschen täglich einen Antrag stellten.“

Fazit

In der gesamten EU haben im letzten Jahr 707 000 Menschen ein Asylgesuch gestellt, aber Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, hat dagegen lediglich 139 000 illegale Grenzübertritte an den EU-Aussengrenzen registriert. Was soll man von dieser Differenz halten, wenn 166 000 Asylbewerber allein in Deutschland gelandet sind, das damit mit seinen offenen Grenzen und seinem einladenden Sozialsystem das achte Jahr in Folge die Nummer 1 in Europa stellt.

„Auch dies ist der erneute Beweis, dass die Aussengrenzen nicht geschützt werden. Und dies nicht erst seit 2015, sondern bereits seit dem Jahr 2012, wo die Zahlen merklich nach oben gingen. Und eigentlich besteht die Problematik der illegalen Zuwanderung schon seit 1995, mit dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens. Von da an wurde die Aufgabe der Grenzkontrolle der nationalen Souveränität entzogen.“

Auch wenn man zur Zeit von einer Massenmigration in der Größenordnung von 2015/2016 nicht sprechen kann, findet eine schleichende, aber nicht unerhebliche und wachsende illegale Zuwanderung auf den europäischen Kontinent nach wie vor statt. Und was sich in und vor Griechenland, das erstmals seine Grenzen dicht zu machen versucht, und in den Balkanstaaten gegenwärtig staut, kann zu einem vergleichbaren Massenansturm führen.

Die EU verspricht, mit dem weiteren Aufbau der eigenen Grenzschutz- und Küstenwache, die bis 2027 eine Stärke von 10 000 Mann erreichen soll, die Aufgabe Aussengrenzschutz europäisch zu regeln.

Diese Kulisse soll wohl für die uninformierte Öffentlichkeit die wahren festen Absichten der EU verschleiern, die in den vergangenen Jahren deutlich zum Ausdruck gekommen sind:

- so in der Forderung des stellvertretenden Kommissionspräsidenten Frans Timmermans vom Oktober 2015, dass kein Land der unvermeidlichen Vermischung durch die Masseneinwanderung moslemischer Männer entgehen dürfe, um „monokulturelle Staaten auszuradieren“;
- in der Erklärung des EU-Migrationskommissars Dimitris Avramopoulos vom 3.12.2015: „Europa vergreist (...) In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein“;
- und nicht zuletzt in der Unterstützung des UN-Migrationspaktes, durch den die Massenmigration nicht etwa gestoppt, sondern im Gegenteil gefördert und immer mehr in geordnete Bahnen gelenkt werden soll.

Da die herrschende politische Kaste in Deutschland von allen europäischen Ländern am entschlossensten damit kollaboriert, um das eigene Volk abzuschaffen, werden die deutschen Grenzen weiter gegen Verfassung und Gesetz offenstehen – es sei denn, es wachen endlich genügend Menschen in Deutschland auf, dem ein Ende zu machen.

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/04/17/das-wahre-ausmass-der-andauernden-masseneinwanderung-wird-verborgen-gehalten/>

COVID-19 und die Sinnfrage: CSU-Minister fordert "Abkehr vom traditionellen Kapitalismus"

6.05.2020 • 09:12 Uhr, <https://de.rt.com/26tc> "Quelle: www.globallookpress.com

Im Windschatten der Corona-Krise ist die sogenannte Kapitalismuskritik im politischen Mainstream angekommen. Nun holte Entwicklungsminister Gerd Müller zum verbalen Schlag gegen den "traditionellen Kapitalismus" und die Globalisierung aus.

Während der Corona-Krise ging bislang so manch anderes Thema unter. So etwa der sogenannte Erdüberlastungstag ("Earth Overshoot Day") am vergangenen Sonntag.

Der deutsche Erdüberlastungstag markiert demnach jeweils den Tag im Jahr, an dem weltweit das jährliche globale Budget an nachhaltig nutzbaren Ressourcen und ökologisch verkräftbaren Emissionen aufgebraucht wäre, wenn die gesamte Weltbevölkerung so leben würde wie die Menschen in Deutschland. Demzufolge lebte Deutschland ab dem 3. Mai bis zum Ende des Jahres quasi auf Kredit der gesamten Menschheit. Zu diesem Ergebnis kommt das sogenannte "Global Footprint Network", das den Tag jährlich errechnet.

Und auch wenn COVID-19 das alles beherrschende Thema darstellt, ist es doch auch die mit dem Coronavirus einhergehende schwere gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Krise, die nicht ganz neue gesellschaftliche Debatten erneut anstößt.

Noch vor kurzer Zeit galt die unter dem Schlagwort "Kapitalismuskritik" gebündelte Forderung nach einem Umdenken hin zu einer ganzheitlicheren und nachhaltigeren Wirtschaftsordnung noch als realitäts-

ferne Fantasterei "linker Träumer". Im Zuge der Corona-Pandemie schlägt sie nun jedoch offensichtlich auch im politischen Mainstream durch und wird zumindest salonfähig.

Zuletzt war es Entwicklungsminister Gerd Müller, der sich als Kritiker des Strebens nach ewigem Wachstum und maximalem Profit zu Ungunsten von Mensch und Natur offenbarte. Aufgrund der Corona-Krise plädierte Müller für eine Abkehr von den Spielregeln des "traditionellen Kapitalismus".

Der Immer-Weiter-Schneller-Mehr-Kapitalismus der letzten 30 Jahre muss aufhören", erklärte der CSU-Politiker am Montag.

Müller bezeichnete die Corona-Krise in diesem Zusammenhang als einen Weckruf an die Menschheit, mit Natur und Umwelt anders umzugehen.

Nicht nur Touristen zieht es auf den Roten Platz in Moskau. Auch Entwicklungsminister Gerd Müller besuchte zum ersten Mal die russische Hauptstadt für politische Gespräche und hofft auf eine engere Zusammenarbeit beim Klimaschutz.

Die Kapitalismuskritik ist jedoch alles andere als ein neues Phänomen. Auch die handzahmen "Genossen" aus den Reihen der Sozialdemokraten führen die Kritik am vorherrschenden Wirtschaftssystem gerne im Munde – allerdings hinter vorgehaltener Hand. Sie wollten und wollen den Raubtierkapitalismus "reformieren", ihn von innen heraus bekämpfen – und sind mit dem damit einhergehenden Spagat zwischen Anbiederung an den Status quo und der Kritik am System in den Orbit der politischen Beliebtheit entschwunden.

Doch Corona ebnet den steinigen Weg, den nun ein Minister Müller beschreitet und dabei das "C" im Namen seiner Partei wiedergefunden haben will.

Wenn wir unser Leben in Übereinstimmung mit der Schöpfung leben würden, gäbe es den Erdüberlastungstag nicht. Dann wäre er höchstens am 31. Dezember. Er ist aber bereits am 3. Mai – dann sind theoretisch alle Ressourcen für das Jahr aufgebraucht und wir leben gewissermaßen 'auf Pump'", erklärte Müller.

Zudem sei "ein Auslöser der Corona-Pandemie (...) auch am Raubbau an der Natur, in der Rodung der Regenwälder" zu finden, erläuterte der CSU-Minister überzeugt.

Auch die Kritik an der schönen neuen Welt der sogenannten Globalisierung wurde bis vor kurzer Zeit im politischen und gesellschaftlichen Mainstream noch als rückwärtsgewandtes Denken ewiggestriger diffamiert und mit entsprechenden Kampfbegriffen belegt.

Doch auch hier zeigt man sich nun schmerzfrei, weiss doch auch ein Minister Müller offensichtlich den Corona-Zeitgeist bei seinen kritischen Vorstößen auf seiner Seite.

Deswegen müssen wir umdenken und können nicht einfach zur Normalität der Globalisierung zurückkehren", so Müller weiter.

Lebten alle Menschen auf der Welt wie die Deutschen "mit einer ständigen Steigerung des Verpackungsmülls und der bisherigen Art zu wirtschaften, bräuchten wir zwei Erden".

Die Grenzen der Ressourcen sind endlich und wir nehmen uns ein Vielfaches dessen, was uns zusteht. Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse der anderen und unserer Kinder und Enkel", sagte Müller. Vor allem die armen Länder litten unter dem deutschen Ressourcenverbrauch – am stärksten durch die Auswirkungen des Klimawandels.

Alles endet für Müller demnach in der "Sinnfrage".

"Jedes einzelne Leben ist nur ein Flügelschlag in der Geschichte des Planeten. Wir tragen Verantwortung für die nächsten Generationen und Verantwortung vor Gott", resümierte der CSU-Politiker.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/inland/102144-covid-19-und-sinnfrage-csu/>

Anschluss an eine Krisen-Union?

EU-No-Newsletter, News | 22. April 2020

Die EU steckt nun seit Jahren in der Krise: Eurokrise, Schuldenkrise, Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise, Verfassungskrise, Demokratiekrise, Ukraine Krise, Brexit und jetzt noch Corona. Die südlichen und östlichen EU-Länder driften weg von Brüssel. Das Demokratiedefizit der EU wächst mit der zunehmenden Technokratie. Gleichzeitig ist Brüssel faktisch handlungsunfähig. Ein Anschluss an diese Fehlkonstruktion ist daher nicht ratsam. Eine Einbindung in diesen EU-Apparat mit einem Rahmenabkommen schadet der Schweiz.

Die Corona-Krise ist nur die Fortsetzung einer seit Jahren andauernden Aneinanderreihung von Krisen, die die EU durchmacht. Die EU ist regelrecht krisengeschüttelt. Die Liste ist lang. Im Kern steht und stand die Verfassungs- und Demokratiekrise der EU. Es folgten die Euro- und Schuldenkrise, die Griechenlandkrise war der Höhepunkt. Die Flüchtlingspolitik verfolgt die EU über Jahre bis in die Gegenwart. Es entstand diesbezüglich eine gefährliche Abhängigkeit zur Türkei. Die Migrationswellen überfordern Brüssel bis heute. Dazu kamen Spannungen mit Russland und das Problem in der Ukraine. Gleichzeitig gibt es

immer wieder massive staatspolitische Reibereien mit Polen und Ungarn. Der Brexit lähmt die EU über Jahre. Einer der tragenden Staaten der EU hat nun jedoch das sinkende Boot verlassen.

Corona zeigt tiefe Gräben in der EU

Das alles wird aktuell von der Corona-Krise überschattet. Und es zeigt sich, die EU ist faktisch handlungsunfähig. Die Südeuropäer fühlen sich vernachlässigt und verlassen. Es werden tiefe Gräben offenbar. Dazu kommt, dass im Süden wie auch im Osten Europas sich beispielsweise mit China neue, verlockende Alternativen bieten. Corona wirkt jetzt womöglich wie ein Katalysator, der die Spannungen und Verwerfungen beschleunigt. Nach der Epidemie wird sich uns wahrscheinlich auch geopolitisch eine andere Welt zeigen. Die EU wird eine andere sein. Klar scheint, sie wird geschwächt sein, wirtschaftlich, kulturell und weltpolitisch. Es ist zu befürchten, dass die Schwächen und Unzulänglichkeiten der EU von der Brüsseler Elite mit noch mehr Zentralismus und Härte überdeckt werden soll. Der verbale Druck auf die Schweiz, ein Rahmenabkommen abzuschliessen könnte sogar noch zunehmen. Aber die Heirat mit der EU würde noch unattraktiver sein als zuvor.

EU-Anbindung nicht im Interesse der Schweiz

Die EU ist schon einiger Zeit kein wachsender und blühender Zukunftsmarkt mehr. Der Schweizer Handel mit der EU hat im Vergleich zum Rest der Welt abgenommen und der Exportanteil ist sogar unter 50% gefallen. Die EU schneidet bei den relevanten wirtschaftspolitischen Indikatoren deutlich schlechter ab als die Schweiz. Auch in Sachen Forschung und Innovation muss und kann die Schweiz global mithalten. Unsere direkte und dezentrale Demokratie wird weitherum bewundert und macht uns krisenresistent. Unsere KMU-Wirtschaft und das Berufsbildungssystem machen uns robust gegen wirtschaftliche Verwerfungen. Dies alles dürfen wir nicht opfern für eine politische Anbindung und Angleichung an die EU. Der EU ähnlicher werden darf nicht das Ziel der Schweiz sein, weshalb es keinesfalls eine institutionelle Einbindung in die EU geben darf. Denn das Rahmenabkommen würde Vereinheitlichung, Gleichschaltung und eine Nivellierung nach unten bedeuten. Das ist nicht im Interesse der Schweiz.

Quelle: <https://eu-no.ch/anschluss-an-eine-krisen-union/>

Empfehlung an alle FIGU-Mitglieder: Folgende Erklärungen von Christina Spirk sollten nach Anraten von Ptaah (10.5.2020) beim Schutzmaskentragen beachtet werden Gesichtsmasken: Tips für richtige Anwendung und Reinigung Gesichtsmasken richtig zu tragen und zu reinigen ist wichtig für eine gute Funktion.

Von Christina Spirk 25. April 2020 Aktualisiert: 25. April 2020 22:31

Der richtige Umgang mit Masken ist nicht immer einfach: Die vorgeschriebenen Masken zu tragen, ist ein Aspekt. Aber es ist dabei ebenso wichtig, die Gesichtsmasken richtig zu verwenden und zu reinigen. Hier die häufigsten Anwen-Missgeschicke und Tips, wie man sie vermeiden kann.

Seit kurzem gilt die Maskenpflicht beim Einkaufen und im öffentlichen Nahverkehr auch in Deutschland. Dabei greifen die meisten Menschen auf sogenannte „Alltagsmasken“ zurück. Dazu gehören der klassische Mund-Nasen-Schutz (MNS) oder selbst genähte Masken aus Baumwolle. Beide dienen hauptsächlich dazu, das Umfeld zu schützen, nicht aber den Träger. Durch die Mundbedeckung wird das Aussondern grösserer Tröpfchen nach Husten oder Niesen sowie beim Sprechen verhindert. Allerdings nur, wenn man richtig mit den Masken umgeht.

Es folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte zur richtigen Handhabung von Gesichtsmasken:

1. Das Anlegen der Maske

Das richtige Anlegen der Maske ist der erste wichtige Schritt für die Schutzwirkung der Gesichtsmaske. Dabei ist es wichtig, saubere Hände zu haben und die Maske nur an den vorgesehenen Bändern zu berühren. Man sollte die Maske während des Anlegens auf mögliche Schädigungen, Löcher oder andere undichte Stellen untersuchen. Die Maske muss so dicht wie möglich anliegen, wobei es je nach Modell wichtig ist, auf verschiedene Grössen zu achten. Wie genau die Maske richtig sitzt, ist in Punkt zwei zusammengefasst.

Ein wichtiger Tipp für Brillenträger und für den Sommer: Wenn man Brille oder Sonnenbrille gemeinsam mit der Maske trägt, gilt der Grundsatz: Zuerst die Maske anlegen, dann die Brille. Die Brille sollte über der Maske sitzen, nicht darunter.

2. Das Tragen der Maske

Ein Mund-Nasen-Schutz ist nur dann sinnvoll, wenn er so getragen wird, dass er Mund und Nase auch schützt. Masken im Alltag zu tragen, ist hierzulande neu und ungewohnt. Gerade bei den ersten Anwen-

dungen hat man oftmals das Gefühl, schlecht Luft zu bekommen, und ist verleitet, die Maske locker zu tragen. Dazu kommt, dass vor allem qualitativ schlechte Einwegmasken die Haut reizen und Jucken auslösen können.

Dennoch sollte die Mund- und Nasenschutzmaske idealerweise vom Nasenrücken bis unter das Kinn reichen – also wie der Name sagt: Sowohl die Nase als auch den Mund vollständig bedecken. Die Maske nur über den Mund zu tragen und die Nase zum besseren Atmen frei zu lassen, ist wenig sinnvoll. Ebenso sollte die Maske nicht nur auf der Nasenspitze sitzen, sondern so eng wie möglich am Gesicht anliegen. Eine richtig angelegte Maske schliesst zudem enganliegend unter dem Kinn ab.



Die Nase muss beim richtigen Tragen einer Gesichtsmaske ebenfalls bedeckt sein. Foto: istock

Wichtig ist auch, die Maske während des Tragens möglichst nicht zu berühren. Ein Zupfen oder Zurechtziehen der Maske ist nicht empfehlenswert. Ebenso wenig ratsam ist es, sich unter der Maske zu kratzen oder sie während einer Anwendung mehrmals auf- und abzusetzen.



Wenn die Maske nicht unterm Kinn abschliesst, ist sie nicht richtig angelegt. Foto: istock

Für Männer ist zudem zu beachten, dass vor allem lange Bärte die Schutzfunktion von Masken mindern, da diese ein vollständiges Abschiessen der Maske behindern können. In einer aus dem Jahr 2017 entstandenen Grafik für Berufe, die mit Schutzmasken arbeiten, ist zusammengefasst, von welchen Arten der Bärte abgeraten wird.

3. Die Tragedauer der Maske

Sowohl für Einwegmasken als auch Stoffmasken gilt: Sobald sie durch die Ausatemluft feucht sind, verlieren sie ihre Wirkung und sollten gewechselt werden. Bei längeren Aufenthalten in Innenräumen ist es deshalb ratsam, mehr als eine Maske dabei zu haben. Beim Aufenthalt in stark kontaminierten Umgebungen, wie direkten Kontakt mit einem Erkrankten, ist es ratsam, die Masken gleich im Anschluss durch eine neue zu ersetzen.

4. Das Ablegen der Maske

Beim Abnehmen der Gesichtsmaske ist es wichtig, diese nur an den vorgesehenen Bändern zu berühren und nicht den Maskenstoff. Einwegmasken sollten direkt entsorgt und nicht auf diversen Ablagen in der Wohnung zwischengelagert werden. Wiederverwendbare Masken können direkt nach dem Tragen gerei-

nigt werden. Was es dabei zu beachten gibt, ist in Punkt 5 zusammengefasst. Nach dem Ablegen beziehungsweise Entsorgen der Maske sollen die Hände gewaschen werden. (Hinweis: mit **Seife**)

5. Das Reinigen der Maske

Während Einwegmasken nur für einmaliges Tragen eine Funktion garantieren, kann man gekaufte oder selbst genähte Stoffmasken waschen und wiederverwenden. Ein häufiges Waschen der Masken ist dabei ratsam. Teilweise gibt es Empfehlungen für ein Waschen der Maske nach jeder Anwendung.

Das Waschen bei herkömmlichen Stoffmasken kann in der Waschmaschine erfolgen. Dabei liegt die allgemeine Empfehlung bei mindestens einem Programm für Kochwäsche bei 60°C. Da aber Laborstudien zeigten, dass das neuartige KPCh-Virus (Wuhan-Lungenentzündung) bei 60°C innerhalb einer Stunde nicht vollständig inaktiviert wird, sind auch Waschprogramme bei 90°C oder ein Auskochen der Maske empfehlenswert.

Vorsicht gilt bei Eco- oder Sparprogrammen. Diese waschen oft bei wesentlich niedrigeren Temperaturen und garantieren oftmals nur ein „so sauber wie mit 60 Grad“. Waschmittel, die Bleichmittel enthalten, inaktivieren Mikroorganismen im Allgemeinen besser als Color- oder Feinwaschmittel.

6. Das Trocknen der Maske

Am besten ist es, die Masken bei der höchstmöglichen Temperatur für den jeweiligen Stoff zu trocknen, wenn man einen Trockner hat. Eine andere Möglichkeit ist, die Masken auf höchster Stufe (mindestens 165°C) zu bügeln. Auch längeres Föhnen der Maske auf höchster Stufe ist möglich. Es gibt auch die Empfehlung, Schutzmasken – insbesondere aus Zellulosestoffen und ohne Kunststoffe – im Backofen zu trocknen. Dies sollte bei 70 bis 90 Grad für mindestens 20 bis 30 Minuten erfolgen.

Es ist wichtig, die Masken nach Waschen und Trocknen immer auf Beschädigungen zu überprüfen. Im Zweifelsfall sollte man sie entsorgen.

7. Die Auswahl der Maske

Maske ist natürlich nicht gleich Maske und es gibt Qualitätsunterschiede. Vor allem Masken, die aus China nach Europa geliefert wurden, zeigten in den vergangenen Wochen immer wieder nachweisliche Mängel, die eine Schutzwirkung verminderten oder vollständig aufhoben. Wenn Masken im Internet gekauft werden, ist es ratsam, sich über den Hersteller und die Qualitätsstandards zu informieren. Für selbstgemachte Masken gelten drei Schichten aus Baumwollmaterial als empfehlenswert.

Ein zusätzlicher Tip: Bei geltender Maskenpflicht zahlt es sich aus, eine Ersatzmaske dabei zu haben, falls eine Maske reißt oder anderweitig beschädigt wird.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/gesundheit/ratgeber/gesichtsmasken-tipps-fuer-richtige-anwendung-und-reinigung-a3222682.html>

Die EU als Fluchtgrund

26. April 2020 Info-DIREKT

Die EU sollte die Grundrechte von Afrikanern in Afrika beherzigen, anstatt uns Europäer mit einem fortlaufenden Migrantenzustrom zwangszubeglücken. Eine Abnahme der Emigration aus Afrika käme auch dem Land selbst zugute!

Dieser Kommentar von Michael Scharfmüller ist im Printmagazin Nr. 30 „Vorsicht Mogelpackung! Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Herkunft in Europa“ erschienen, das Sie jetzt kostenlos zu jedem Abo erhalten.

Wenn sich die EU wirklich für das Wohlergehen „Menschen afrikanischer Abstammung“ einsetzen möchte, sollte sie nicht in erster Linie daran denken, wie man diese in Europa bevorzugt behandeln könnte. Stattdessen sollte sie sich Gedanken darüber machen, wie man Afrikanern in Afrika das Leben weniger schwermacht.

Entwicklungshilfe: Mehr Schaden als Nutzen

Nicht zu Ende gedachte Spendenprojekte und fragwürdige Entwicklungshilfe richten nämlich oft mehr Schaden an, als sie Nutzen stiften. Beispielsweise wurde in Sambia eine Soja-Farm mit Entwicklungsgeldern aufgebaut. Die ansässigen Bauern wurden dafür um ihr Ackerland gebracht. Jetzt arbeiten diese zwei Monate im Jahr für die Soja-Farm, den Rest des Jahres sind sie arbeits- und einkommenslos. Während die Gewinne der Soja-Farm auf ein Konto in einem Steuerparadies fließen, überlegen die um ihre Existenzgrundlage gebrachten Afrikaner, ob das Leben in Europa nicht einfacher wäre.

Lebensmittelimporte unterbieten Preise lokaler Produkte

Doch nicht nur Gelder, die nach Afrika gesandt und falsch eingesetzt werden, erschweren vielen Menschen das Leben. Auch hochsubventionierte Lebensmittel-Importe aus Europa tragen zur Verschlechterung der Lage bei, da diese günstiger angeboten werden als Produkte der lokalen Landwirtschaft.

Bevölkerungsdruck

Wer nun denkt, dass Afrika aufatmen könnte, wenn einige seiner „Kinder“ nach Europa auswandern, da so der Bevölkerungsdruck abnehme, der irrt sich in dreifacher Weise.

Erstens: Selbst wenn jedes Jahr eine Million Menschen von Europa aufgenommen werden würden, würde das nichts ändern. In den nächsten 30 Jahren wird sich die Einwohnerzahl Afrikas nämlich von einer Milliarde auf zwei Milliarden verdoppeln.

Zweitens: Wenn jeder die Möglichkeit hat, in ein bequemerer Umfeld und damit Leben auszuwandern, sinkt die Leistungsbereitschaft im Land.

Drittens: Erschwerend kommt hinzu, dass zwar die Armen davon träumen in den Westen auszuwandern, jedoch nur die Mittelschicht dazu die Möglichkeiten besitzt und diese auch nützt.

Auswirkungen von Emigration auf das Herkunftsland

Der Afrika-Kenner Carl v. Waldstein schrieb dazu in Info-DIREKT, Ausgabe 23:

„Die Auswirkungen auf die Herkunftsländer sind fatal. Die jungen Staaten werden einer sich bildenden Mittel- bis Oberschicht beraubt, die als einzige im Stande ist, die Staaten wirtschaftlich zu tragen und zum Wohlstand zu führen. Das heisst, die Emigration beraubt diese Länder ihres zukünftigen Wohlstands. Dieser „Brain Drain“, der den Verlust der fähigsten Köpfe bezeichnet, führt besonders in grundlegenden Wohlstandssektoren wie der Industrie und dem Gesundheitssystem zu einem Desaster. Schon im Jahr 2000 arbeiteten 75 Prozent der in Mosambik ausgebildeten Ärzte im Ausland, im ganzen Subsahara-Raum waren es immerhin 28 Prozent. Äthiopien verlor in den letzten zehn Jahren drei Viertel seiner Fachkräfte. Nigerianische Einwanderer stellen die bestausgebildete Einwanderergruppe der USA dar.“

EU: Unglück für Europa – und Afrika!

Die EU in ihrer heutigen Form ist Europas Unglück. Wem „Menschen afrikanischer Herkunft“ am Herzen liegen, der sollte sich dafür einsetzen, dass diese EU nicht weiterhin auch ein Unglück für Afrika ist. Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2020/04/26/die-eu-als-fluchtgrund/>

Daniele Ganser:

„Medien decken zu selten die Mechanismen der Tiefenpolitik auf“

27. April 2020 um 9:00

Ein Artikel von: Redaktion

Was ist eigentlich Tiefenpolitik? Sind die USA ein Imperium? Was war nochmal der Iran-Contra-Skandal? Der Schweizer Historiker Daniele Ganser will mit seinem gerade erschienenen Buch „Imperium USA – die skrupellose Weltmacht“ insbesondere jüngere Leser zwischen 15 – 25 Jahren aufklären. In einem zweiteiligen Interview mit den NachDenkSeiten verdeutlicht der Forscher, dass er es versteht, auch das historisch Komplexe gut verständlich und nachvollziehbar zu erklären.

Von Marcus Klöckner.

***:** Herr Ganser, warum haben Sie ein Buch verfasst, das sich mit den USA auseinandersetzt?

Wer sich für internationale Politik und Zeitgeschichte interessiert, kommt um die USA nicht herum. Die USA sind derzeit das mächtigste Land der Welt. Die USA haben mehr Länder bombardiert als irgendein anderes Land und waren in den letzten 70 Jahren direkt oder indirekt in viele Kriege involviert, darunter Syrien, Libyen, Afghanistan, Irak, Nicaragua und Vietnam. Die kriegsrische Aussenpolitik der USA wollte ich systematisch ausleuchten, von den Indianerkriegen bis zu den verdeckten Operationen der CIA in Syrien.

***:** Im Titel Ihres Buches kommen zwei Zuschreibungen vor: „Imperium“ und „skrupellos“. Woran machen Sie diese fest?

Als Imperium bezeichnen Historiker wie ich das mächtigste Land einer gegebenen Epoche. Vor 2000 Jahren hatten wir das Römische Imperium. Im 19. Jahrhundert war das Britische Imperium dominant. Heute sind die USA das Imperium, auch wenn das nicht offen gesagt wird. Die USA haben die höchsten Militär-

ausgaben, die meisten Militärstützpunkte in fremden Ländern und die grössten Rüstungskonzerne. Im Buch untersuche ich konkrete Fallbeispiele, wie zum Beispiel den US-Angriff auf Vietnam 1964 oder den US-Angriff auf Irak 2003 und ich kann jeweils nachweisen, dass die Öffentlichkeit angelogen wurde. Diese Kombination von Lüge und Gewalt ist skrupellos. Wiederholt hat die US-Regierung die eigene US-Bevölkerung belogen, zum Beispiel auch bei Iran-Contra, wie ich im Buch darlege. Zudem haben verschiedene US-Präsidenten, und zwar sowohl Demokraten wie Republikaner, in fremden Ländern Menschen getötet, was klar dem UNO-Gewaltverbot widerspricht, das Angriffskriege untersagt.

*: Wenn Sie von den USA sprechen, sollte man da vielleicht nicht erstmal differenzieren, da sonst die Gefahr besteht, sich auf die anti-amerikanische Schiene zu begeben. Das Land, die Leute, die Sprache: Es gibt vieles, was man an den USA durchaus toll finden kann. Was genau meinen Sie, wenn sie „die USA“ sagen? Die US-amerikanische Politik? Die US-amerikanische Machtelite?

Im Buch differenziere ich klar zwischen der US-Machtelite, welche für die vielen Kriege verantwortlich ist, und der US-Bevölkerung, welche viel zu lange alles geglaubt hat, was das Weisse Haus und das Pentagon sagten. Im Rückblick kann man erkennen: Es gibt keinen Grund, dem US-Präsidenten zu glauben, wenn er sagt, dieser oder jener Krieg sei notwendig. Viel zu oft wurde gelogen. Schon der Angriff der USA auf Mexiko 1846 beruhte auf Lügen, wie ich im Buch zeige. Damals schickte US-Präsident James Polk die US-Armee über den Nueces Fluss, der die Grenze zu Texas markierte, um die Mexikaner zu provozieren. »Wir wurden losgeschickt, um einen Kampf zu provozieren, aber es war wesentlich, dass Mexiko ihn begann«, erklärte damals der US-Offizier Ulysses Grant, der an den Kampfhandlungen teilnahm.

*: Sie haben Ihr Buch speziell für die Gruppe der 15- bis 25-Jährigen geschrieben. Warum diese Altersklasse?

Es stimmt, ich habe mein Buch so geschrieben, dass die 15- bis 25-Jährigen es lesen können. Es braucht also kein Vorwissen, um das Buch zu verstehen. Natürlich können auch alle Menschen bis ins hohe Alter mein Buch lesen. Aber für die Zukunft sind natürlich vor allem die Jungen entscheidend. Sie werden das 21. Jahrhundert gestalten. Viele der jungen Menschen fragen sich, warum es so viele Kriege gibt auf der Welt. Da möchte ich an konkreten Beispielen zeigen, dass eine kleine Gruppe von Menschen immer wieder zu Lüge und Gewalt gegriffen hat, um mehr Geld und mehr Macht anzusammeln.

*: Sie spannen in Ihrem Buch einen sehr weiten Bogen. Es geht los bei den Indianerkriegen von 1607, zieht sich über die Zeit der Sklaverei, den 1. und den 2. Weltkrieg, die verdeckte Kriegsführung der 50er, 60er, 70er Jahre, bis der Leser schliesslich beim 11. September und dem aktuellen Kampf um Eurasien angelangt ist.

Muss man, um den Punkt, den Sie machen wollen, die USA und die US-amerikanische Politikausrichtung über einen so langen historischen Zeitraum erfassen?

Die lange Perspektive hilft dem Leser zu verstehen, dass das US-Imperium selber aus dem europäischen Kolonialismus hervorgegangen ist. Es waren ja ab 1500 zuerst die Spanier und die Portugiesen, welche sich Mittel- und Südamerika als Kolonien angeeignet haben und dabei äusserst brutal vorgegangen sind. Erst danach haben sich die Engländer Nordamerika gesichert und 1607 die Kolonie Jamestown gegründet, die Keimzelle der USA. Als dann die Briten in Nordamerika sich von London befreien wollten, waren es die Franzosen, welche sie dabei unterstützten und den USA später auch die Freiheitsstatue schenkten, weil Paris sich freute, dass London einen Teil seines Kolonialreiches verloren hatte. Später sehen wir dieses Spiel im Kapitel zum Vietnamkrieg nochmals, aber mit umgedrehten Rollen: Die USA bewaffnen die Vietnamesen, und diese fügen den Franzosen in Indochina 1954 eine vernichtende Niederlage in Dien Bien Phu zu. Diesmal freut sich Washington, dass Paris seine Kolonie Indochina verliert. Auf den 330 Seiten meines Buches kann der Leser und die Leserin immer wieder solche Querverbindungen erkennen und dadurch die internationale Politik und Zeitgeschichte viel besser verstehen.

*: Geht es auch darum, die jungen Menschen mit der Vergangenheit der US-amerikanischen Politik vertraut zu machen, so dass sie besser aktuelle Geschehnisse einordnen können?

Auf jeden Fall. Denn bei vielen Schülerinnen und Schülern endet ja der Geschichtsunterricht beim Zweiten Weltkrieg. Das ist aber jetzt mehr als 70 Jahre her. Die aktuellen Ereignisse wie der Syrienkrieg, der Afghanistankrieg und der Libyenkrieg können nur verstanden werden, wenn man die Rolle des US-Imperiums in diesen Konflikten ausleuchtet.

*: Was meinen Sie: Wissen junge Menschen heute, woher der Ausdruck militärisch-industrieller Komplex kam, was er bedeutet und welche Bedeutung er auch noch heute hat?

Einige wissen es, viele aber nicht. Daher erkläre ich im Buch den Begriff militärisch-industrieller Komplex ausführlich, weil dieser Begriff wichtig ist. Ich zeige, dass US-Präsident Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede explizit vor diesem Komplex warnte. Eisenhower wusste, dass es in den USA ein enges Geflecht gibt zwischen Rüstungsindustrie, Geheimdiensten, Pentagon, Lobbys, Medien und Politik und dass einige Akteure in diesem Netzwerk von Krieg profitieren und daher Kriege wollen.

*: Was ist Ihr Eindruck: Gibt es generell in unserer Gesellschaft das Problem, dass oft nur auf den sichtbaren Teil der Politik geschaut, aber der nichtsichtbare Teil, die Tiefenpolitik, nicht erkannt wird?

Ja, diesen Eindruck habe ich. Die verdeckten Operationen werden in der Regel in den Schulen und Universitäten nicht behandelt, und auch nicht in der Tagesschau oder der Süddeutschen Zeitung. In der historischen Forschung spielen verdeckte Operationen eine grosse Rolle. So kann ich im Buch aufzeigen, dass die CIA Mordanschläge auf verschiedene Politiker durchführte. Die Anschläge auf Fidel Castro, den Präsidenten von Kuba, verliefen ohne Erfolg. Aber im Kongo war die CIA an der Ermordung von **Premierminister Patrice Lumumba 1961 beteiligt, wie ich im Buch zeige.**

*: Wie kann man nicht nur jungen Menschen erklären, dass es so etwas wie Tiefenpolitik gibt?

Tiefenpolitik bedeutet, dass der Souverän, also das Volk, nicht in die relevanten politischen Entscheide der Exekutive eingebunden wird, und dass in vielen Fällen nicht einmal die vom Volk gewählten Vertreter, also das Parlament, welches die Exekutive überwachen muss, die Details der Tiefenpolitik kennt und daher seiner Rolle als Wächter nicht gerecht wird. Auch die Medien decken zu selten die Mechanismen der Tiefenpolitik auf. Im Kern handelt es sich bei der Tiefenpolitik oft um Handlungen der Exekutive, also des Weissen Hauses, des Pentagons und der Geheimdienste, die von den Wählern nicht unterstützt werden oder sogar illegal sind.

*: Nehmen wir als Beispiel mal den Iran-Contra-Skandal. Worum ging es dabei?

Das war ein Skandal während der Regierung von US-Präsident Ronald Reagan. Zusammen mit seinem CIA-Direktor Bill Casey führte Reagan ab 1981 einen geheimen Krieg gegen Nicaragua, indem er im Nachbarland Honduras gewalttätige Rebellen, so genannte Contras, bewaffnete. Die CIA lieferte den Contras Waffen und trainierte sie. Dieser geheime Krieg war aber illegal und ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Daher versuchten Reagan und Casey ihn geheimzuhalten. Und als das nicht ging, erklärten sie, die Contras seien Freiheitskämpfer, obschon diese sehr brutal vorgingen und auch Zivilisten ermordeten. Hier sehen wir also, wie der Tiefe Staat gegen das Völkerrecht verstösst.

*: Und weiter?

Als der US-Kongress, das Parlament, der Exekutive verbot, die Contras weiter mit Waffen und Geld zu versorgen, radikalisierte sich der Tiefe Staat. Das Weisse Haus unter Reagan ignorierte den Kongress und verkaufte Waffen an den Iran. Das Geld aus dem Waffenhandel wurde auf Nummernkonten in der Schweiz zwischengelagert und danach an die Contras ausbezahlt. Das wurde 1986 aufgedeckt. Es war sehr brisant, weil Präsident Ronald Reagan und Vizepräsident George Bush Senior mit dem geheimen Krieg gegen Nicaragua nicht nur gegen das internationale Recht verstossen hatten, sondern auch gegen die Gesetze der USA, weil der Kongress ja die Bewaffnung der Contras verboten hatte. Zudem war es auch illegal, Waffen an den Iran zu verkaufen, weil dieser schon damals unter einem sehr strengen US-Embargo stand. Aber der Tiefe Staat kümmerte sich nicht um diese Verbote.

*: Was ist dann passiert?

Der Kongress setzte eine Kommission ein und konnte zeigen, dass hier von der US-Regierung schwere Verbrechen begangen wurden. Einige Personen wurden auch angeklagt, kamen aber alle wieder frei. Vizepräsident Bush, der direkt in den Iran-Contra-Skandal involviert gewesen war, wurde sogar zum **Nachfolger von Präsident Reagan gewählt und zog ins Weisse Haus ein.**

*: Welche Schlüsse ziehen Sie aus diesem Fall?

Ich ziehe den gleichen Schluss wie damals Lawrence Walsh, der mutige und unabhängige Ermittler und Ankläger während der Iran-Contra-Affäre. Er sagte damals richtig: »Mächtige Männer mit mächtigen Freunden können schwere Verbrechen begehen, während sie im Amt sind, und das Vertrauen der Öffentlichkeit schwer missbrauchen, und dies alles ohne jede Konsequenz.« Damit hatte Walsh völlig recht. Er klagte damals auch Verteidigungsminister Caspar Weinberger an, weil dieser direkt in den illegalen Waffenhandel mit dem Iran und den illegalen Krieg in Nicaragua verstrickt gewesen war und den Kongress über beides belogen hatte. Doch kurz bevor Präsident Bush durch Präsident Bill Clinton im Weissen Haus abgelöst wurde, begnadigte Bush am 24. Dezember 1992 seinen Kollegen Weinberger und andere in die Iran-Contra-Affäre verstrickte hohe Beamte. »Damit ist die Vertuschung des Iran-Contra-Skandals, welche seit sechs Jahren andauert, abgeschlossen«, kritisierte Sonderermittler Walsh resigniert, da keiner der Täter ins Gefängnis musste.

*: Im öffentlichen Gedächtnis spielt die Iran-Contra-Affäre längst keine Rolle mehr. Wie sehen Sie es als Historiker, wenn solche Fälle einfach aus dem Wissensbestand verschwinden?

Alles was länger her ist als ein Jahr, spielt im öffentlichen Gedächtnis keine Rolle mehr. Auch der Angriff der NATO auf Serbien 1999 haben viele vergessen, nicht nur den Iran-Contra-Skandal von 1986. Mit meinem Buch versuche ich aufzuzeigen, zumindest für jene, welche sich dafür interessieren, dass immer wieder Gewalt und Lüge eingesetzt wurden, um die Macht und den Reichtum einer kleinen Clique zu mehren. Und dabei ist man sprichwörtlich über Leichen gegangen. Das Volk, das ja in einer Demokratie eigentlich die Macht haben sollte, wurde durch diese Clique einfach übergangen und getäuscht.

*: Ist das Wissen um Fälle dieser Art wichtig, um bestimmte Grundprinzipien der politischen Tiefenpolitik, mit denen wir es zu jeder Zeit auf die eine oder andere Art und Weise zu tun haben, besser identifizieren zu können?

Auf jeden Fall. Man muss konkrete Beispiele der Täuschung kennen, erst dann wird einem klar, dass gerade vor Kriegen sehr viel gelogen wird. Im Buch zeige ich viele Beispiele, darunter auch dieses: Nachdem der irakische Präsident Saddam Hussein im August 1990 illegal in Kuwait einmarschierte, wurden die Iraker von US-Präsident George Bush Senior kollektiv mit der »Brutkastenlüge« dämonisiert.

Am 10. Oktober 1990 erzählte ein 15-jähriges Mädchen, das als Nayirah vorgestellt worden war, vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses unter Tränen, dass sie während der irakischen Invasion von Kuwait in einem Spital in Kuwait gearbeitet und beobachtet habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus den Brutkästen genommen hätten, um sie auf den Boden zu werfen, wo diese starben. Das war gelogen, Nayirah hatte nie im Spital in Kuwait gearbeitet. Aber Präsident George Bush Senior griff diese schockierende Geschichte auf, wiederholte sie im Fernsehen und behauptete, 312 Neugeborene seien auf diese Art gestorben. Erst nach dem Krieg stellte sich heraus, dass die Brutkastengeschichte eine infame Lüge war und dass Nayirah in Wahrheit Nijirah al-Sabah hiess und die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA war.

*: Beim Lesen Ihres Buches kann man zu dem Eindruck gelangen, Ihre Arbeit als Historiker konzentriert sich sehr stark darauf, das historisch Verdeckte, das, was mehr oder weniger unter der Oberfläche der Geschichtsschreibung liegt, sichtbar zu machen. Würden Sie dem zustimmen? Und: Wenn Sie den Begriff „verdecken“ mit der US-amerikanischen Politik in Verbindung bringen, woran denken Sie dann?

Das stimmt schon, ich werfe Licht auf Lügen und Gewalt und hoffe, damit jene Menschen zu unterstützen, welche der Friedensbewegung angehören und einen Ausweg aus der Gewaltspirale suchen. Ich fasse mich ja schon viele Jahre mit der internationalen Politik, und dabei ist mir aufgefallen, dass die verdeckten Operationen der USA im deutschsprachigen Raum viel zu wenig Beachtung finden, obschon sie für das Verständnis der Zeitgeschichte sehr wichtig sind. Nehmen Sie zum Beispiel die Invasion von Afghanistan im Dezember 1979 durch die Sowjetunion, die ich im Buch auch anspreche. Das war illegal. Moskau hat damals ganz klar gegen das UNO-Gewaltverbot verstossen. Wenig bekannt ist aber, was später US-Geostratege Zbigniew Brzezinski, der unter US-Präsident Jimmy Carter als Nationaler Sicherheitsberater diente, zum Ausbruch dieses Krieges sagte. »Gemäss der offiziellen Version der Geschichte hat die CIA-Hilfe für die Mudschaheddin 1980 begonnen, also nachdem die Sowjetunion am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierte«, erklärt Brzezinski. »Aber die Wahrheit, streng gehütet bis heute, ist

total anders. Schon am 3. Juli 1979 unterschrieb Präsident Carter eine geheime Anweisung, um die Mudschaheddin zu unterstützen. Am gleichen Tag habe ich dem Präsidenten schriftlich mitgeteilt, dies würde eine sowjetische Invasion provozieren.« Die französische Zeitung Observateur fragte daraufhin: »Bereuen Sie es, islamistische Terroristen unterstützt zu haben?« Die Frage war gut, denn viele Menschen glauben, die USA würden niemals Terroristen aufrüsten. Doch Brzezinski antwortete: »Das war eine ausgezeichnete Idee. Was ist wichtiger für die Geschichte der Welt? Die Taliban oder der Zusammensturz des sowjetischen Imperiums? Einige aufgeschreckte Muslime oder die Befreiung von Zentraleuropa und das Ende des Kalten Krieges?«

Lesetip: Ganser, Daniele: Imperium USA. Die skrupellose Weltmacht. Orell Füssli. 24. April 2020. 392 Seiten. 25 Euro. Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=60505>

Matthias Platzeck (SPD), Brandenburgs Ministerpräsident bis 2013: „Wir stehen vor einem Scherbenhaufen“ – Matthias Platzeck hofft auf Ende der Russland-Sanktionen

© AFP 2020 / John Macdougall, 08:30 06.05.2020 (aktualisiert 09:51 06.05.2020)

Der Vorsitzende des „Deutsch-Russischen Forums“, Matthias Platzeck (SPD), fordert vor dem Hintergrund der Corona-Krise, die EU-Sanktionen gegen Moskau auf den Prüfstand zu stellen. Das machte er in einem Pressegespräch mit ausländischen Medienvertretern deutlich.

Der Chef des „Deutsch-Russischen Forums“ (DRF) und langjährige Ministerpräsident Brandenburgs, Matthias Platzeck, mahnte im Video-Gespräch mit Vertretern der ausländischen Presse vor einem schlechter werdenden Verhältnis zu Russland. „Wir stehen mit Blick auf die vergangenen Jahre vor einem Scherbenhaufen, was den politischen Gehalt angeht“, sagte Platzeck am Montag. Die Ziele des Westens seit dem Beginn der Sanktionspolitik seien nicht erreicht worden. Gleichzeitig habe sich vieles in den Beziehungen mit Moskau verschlechtert: So sei die Gefahr einer militärischen Eskalation gewachsen, Dialogformate seien „steil zurückgegangen“, die wirtschaftlichen Beziehungen hätten sich zwar in den letzten Monaten bis Corona etwas erholt, seien aber vorher deutlich schlechter gewesen.

„Das kann man an allen Ecken und Enden spüren. Die Stimmung in Russland ist nicht prowestlicher geworden in diesen Jahren, sondern eher nationalistischer. Für die Krim hat sich nichts geändert. In der Ostukraine haben wir weiterhin allerschwierigste Verhältnisse, zumindest für die vier Millionen, die dort immer noch ausharren“, bemängelt der SPD-Politiker.

Pandemie als neue Chance?

So sieht er angesichts der Covid-19-Pandemie einen Anlass für die deutsche und europäische Politik, „einen Schritt zurückzugehen“.

„Wenn Sanktionen über ein halbes Jahrzehnt nichts bewirken, in die Richtung, die wir erhofft haben, aber alles in die gegensätzliche Richtung bewirken, dann muss man in der Lage sein, solche Entwicklungen zu evaluieren und neue Ansätze auszuprobieren.“

Die Pandemie sei die „vielleicht grösste Herausforderung der Weltgemeinschaft seit dem Zweiten Weltkrieg, die sich langsam erst ausformt und noch viele schwierige Fragestellungen aufwerfen wird“, bemerkt Platzeck. „Vielleicht sollte man die Kraft und den Mut haben, Dinge, die in der Relevanz wirklich hinten stehen, und dazu zähle ich diese Sanktionen, dann nochmal auf den Prüfstand zu stellen“, schlägt der Russland-Kenner vor.

„Keine gute Zukunft für Europa ohne Russland“

Die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit Russland sieht er auch vor dem Hintergrund von geopolitischen Entwicklungen:

„Um China herum mit Japan, mit Südkorea, mit Vietnam wird sich das wirtschaftliche Schwergewicht dieser Welt ganz klar herausbilden. Der zweite Pol wird ganz klar Nord-Amerika sein – insbesondere was finanzwirtschaftliche, militärische Stärke und anderes angeht. Wollen wir in den nächsten Jahren daran arbeiten, Russland sukzessive, Stück für Stück Richtung Asien zu verschieben, auch diesen Pol um China herum weiter zu stärken? Und wir als Europa finden uns dann in 20 Jahren relativ einsam auf dieser Weltkarte – noch dazu ohne Rohstoffe. Oder unternehmen wir Bemühungen, Russland dahin zurückzuführen, wo es hingehört?“, fragt der DRF-Vorsitzende.

Russland sei im Kern eine europäische Nation und das sei im europäischen Interesse. Dabei müsse Berlin sowie die Europäische Union einsehen, „Russland wird sich nicht auf den Weg begeben, eine Westminster-Demokratie zu werden – zumindest nicht in der nächsten Zeit. Das muss man einfach konstatieren und andere Massstäbe anlegen“, erklärt Platzeck. Er mahnt: Ohne oder gegen Russland werde es keine gute Zukunft für Europa geben.

Der DRF-Chef erinnert an die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion sowie an die damalige Strategie von Bundeskanzler Willy Brandt: „Themen, die wir derzeit nicht erfolgreich abarbeiten können, temporär – ohne sie anzuerkennen – sollten zur Seite gestellt werden, um sich den Themen widmen zu können, die dringend bearbeitet werden müssen.“

Ein dringendes Thema sei die „Ostukraine-Problematik“. Zudem seien weder Terrorbekämpfung noch Flüchtlingsbewegung noch Klimafragen noch viele andere Fragen, wenn man den Nahen- und Mittleren Osten berücksichtige, ohne Russland lösbar. Die Krim-Problematik sei dabei eine Herausforderung, die man seiner Ansicht nach zurückstellen könne, weil er momentan keine politische Kraft in Moskau sehe – „egal aus welchem Lager“, die in der Lage wäre, die Halbinsel an die Ukraine zurückzugeben.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20200506327034564-wir-stehen-vor-einem-scherbenhaufen---matthias-platzeck-hofft-auf-ende-der-russland-sanktionen/>

Schwätzer

Mit einem schweigsamen
und armen Menschen lässt
sich leichter Freundschaft
halten, als mit einem, der
reich und ein Schwätzer ist.

SSSC, 18. April 2012

23.46 h, Billy

Als die Amerikaner ihre Flagge am Reichstag hissten

Samstag, 9. Mai 2020, von Freeman um 09:00

Gestern, am 8. Mai, hat Trumps das <Weisse Haus> den Sieg über Nazi-Deutschland vor 75 Jahren durch die USA und Grossbritannien mit einem Tweet gefeiert. Aus Sicht der Amerikaner spielte kein anderes Land bei der Eroberung eine Rolle, nur sie und die Briten. "Am 8. Mai 1945 hatten Amerika und Grossbritannien den Sieg über die Nazis errungen", sagte das Weisse Haus in einer Nachricht, die am späten Freitag auf ihrem offiziellen Twitter-Kanal veröffentlicht wurde, zusammen mit Filmmaterial von einer Kranzniederlegungszeremonie zu diesem Anlass.

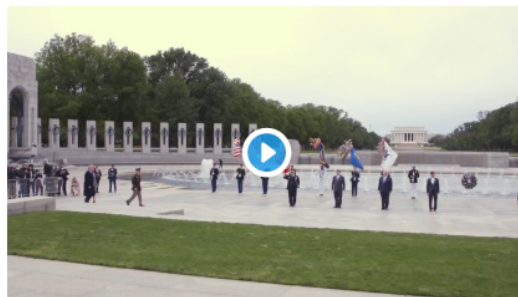


The White House ✓
@WhiteHouse



On May 8, 1945, America and Great Britain had victory over the Nazis!

"America's spirit will always win. In the end, that's what happens."



♥ 12.9K 9:33 PM - May 8, 2020



💬 15K people are talking about this



Das stimmt auch, denn Tausende Hollywood-Filme haben uns das immer und immer wieder eingehämmert, nur die Amis neben den Briten waren die Helden und haben sich für die Befreiung Europas geopfert, kein anderer.

Das folgende Foto ist der Beweis dafür. Es zeigt wie ein US-Soldat die amerikanische Flagge über den Reichstag in Berlin hisst:



Diese Beschreibung der Geschichte des II. Weltkriegs glauben die meisten indoktrinierten Amerikaner und sehr befremdet auch viele Deutsche, die auch durch einseitige Propaganda gehirngewaschen sind. Aber Schluss mit der Geschichtsfälschung und den unverschämten Lügen, denn hier beschreibe ich was wirklich passiert ist: Das Ende des Überfalls auf die Sowjetunion und das Ende der Wehrmacht im Osten fand am 2. Februar 1943 mit der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad statt. Für die Sowjet-Armee der erste grosse Triumph, doch wurde er teuer bezahlt, denn eine halbe Million sowjetischer Soldaten starben bei der Verteidigung von Stalingrad und 300 000 einkesselte deutsche Soldaten gingen in Gefangenschaft. Von dann an war die Wehrmacht nur noch auf dem Rückzug, die auch bis vor Leningrad und Moskau vorgedrungen war. Die am 22. Juni 1941 begonnene Eroberung des europäischen Teils Russlands kam zum Stillstand.

Wie tief die Wehrmacht mit 3 Millionen Soldaten in nur einem Jahr nach Osten vorgedrungen war, zeigt der Abstand zwischen Berlin und Stalingrad, nämlich 2216 Kilometer Luftlinie, oder 1608 Kilometer nach Moskau, oder 1325 Kilometer nach Leningrad. Für kurze Zeit standen sogar deutsche Soldaten fast am Ufer des Kaspischen Meers, um die Ölversorgung per Bahn von Baku, der Hauptstadt von Aserbaidschan, nach Norden zur Sowjetarmee abzuschneiden. Die hinter den Ural evakuierten russischen Waffenschmiede lieferten der Sowjetarmee inzwischen Waffensysteme in Mengen, die die Produktionszahlen auf deutscher Seite um ein Vielfaches übertrafen. Grosse Panzerverbände rissen riesige Breschen in die deutschen Fronten, und ganze Armeen wurden einkesselt und Hunderttausende deutsche Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Zu Tausenden stürmten die Rotarmisten gegen die deutschen Stellungen – die Zahlenverhältnisse sprachen überall gegen die Wehrmacht, die eroberte Gebiete Stück für Stück wieder aufgeben musste.

Als die Rote Armee gegen Ende 1944 die damalige Reichsgrenze im Osten erreichte, galt für die Sowjets nur noch die Parole "Doidjom do Berlina" (Wir erreichen Berlin).

Am 21. April 1945 erreichten sowjetische Soldaten die Stadtgrenze von Berlin und am 30. April hat sich Hitler in seinem Führerbunker unter der Reichskanzlei vergiftet und erschossen.

Die erste Begegnung US-amerikanischer und sowjetischer Truppen auf deutschem Boden fand am 25. April 1945 auf den Elbwiesen in Lorenzkirch bei Strehla statt, die sogenannte Elb-Begegnung. Am 2. Mai 1945 wurde die Fahne der Sowjetunion auf dem Reichstag gehisst, wie im obigen Foto von Yevgeny Khaldei für die Geschichte festgehalten.

Generaloberst Alfred Jodl, zuvor von Karl Dönitz als Nachfolger Hitlers dazu autorisiert, unterzeichnete die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht am 7. Mai 1945 in Reims, die um Mitternacht des 8. Mai in Kraft trat.

Da wegen dem Zeitunterschied zu Moskau es bereits der 9. Mai war, feiern die Russen die Kapitulation über Nazi-Deutschland an diesem Tag. Nur dieses Jahr nicht, weil der 75. Jahrestag wegen dem Corona-Shutdown auch in Russland abgesagt wurde.

Die Sowjetunion verlor während des Krieges rund 27 Millionen Menschen, darunter 8,7 Millionen Soldaten, was die höchste Zahl militärischer Todesopfer aller an den Feindseligkeiten beteiligten Nationen darstellt. Das heisst, nur durch das sehr grosse Opfer der Sowjetunion wurde Europa von der Nazi-Herrschaft befreit und nicht durch die Amerikaner. Die kamen erst als der Krieg dem Ende entgegen ging.

Alleine die Zahl der Division der Wehrmacht, die eingesetzt und besiegt wurden zeigen, wer wirklich gewonnen hat. Über 200 Divisionen der Wehrmacht gegen die Sowjetarmee und nur 20 gegen die Westalliierten.

Was fand im Westen statt?

Am 6. Juni 1944 landeten die Amerikaner und Briten an der Küste der Normandie in Frankreich. Den 156 000 Soldaten der Alliierten standen nur rund 50 000 Soldaten der Wehrmacht gegenüber.

Bis Ende Juli 1944 waren es dann 1,5 Millionen alliierte Soldaten, die in der Normandie landeten und gegen eine halbe Million deutscher Soldaten kämpften.

Die Amerikaner benötigten für die 520 Kilometer durch Frankreich und Belgien zum Rhein ganze 9 Monate und standen mit ihren Panzern erst am 6. März 1945 in Köln.

Die Amerikaner haben im ganzen II. Weltkrieg, also in Afrika, Europa sowie auch im Pazifik, insgesamt "nur" 405 399 Soldaten verloren, davon weniger als die Hälfte gegen die Wehrmacht.

Diese Zahl im Vergleich zu den gefallenen Sowjetsoldaten von 8,7 Millionen sagt doch alles darüber, wer die meisten Opfer gebracht und wer wirklich über Nazi-Deutschland gesiegt hat.

Ohne die völlige Vernichtung der Wehrmacht im Osten hätten die Amerikaner und Briten keinen Fuss auf Europa im Westen gebracht. Wenn das Weisse Haus sich heute als (alleiniger) Sieger darstellt, dann ist das eine krasse Geschichtsfälschung und Lüge!!!

Auch den Krieg gegen das Japanische Kaiserreich haben die Amerikaner nicht alleine gewonnen, sondern es war nur durch die Hilfe der Sowjets, wie ich hier beschrieben habe.

Japan kapitulierte nicht wegen der zwei Atombomben, sondern weil die Sowjetarmee die Japaner in der Mandschurei vernichtet geschlagen hatte, die ganze Halbinsel Korea besetzte und bereit war, auf den japanischen Hauptinseln zu landen.

Mit der Kapitulation sind die Japaner der Invasion durch die Sowjetarmee zuvorgekommen.

Im Tweet wird behauptet:

"Americas spirit will always win. In the end, that's what happens" - "Amerikas Geist wird immer gewinnen. Am Ende passiert das" ist gelogen, denn die USA haben keinen einzigen Krieg seit 1945 gewonnen, weder in Korea, Vietnam, Afghanistan noch im Irak oder Syrien, denn sie mussten entweder den Schwanz einziehen und abhauen oder die Kriege gehen endlos weiter.

Gewinnen tun sie nur in ihren Hollywood-Filmen, aber nicht in der Realität.

Genauso wie sie nur in ihren Science-Fiction-Filmen durch die Galaxie reisen, aber in Wirklichkeit nicht mal einen Astronauten vom Boden in die Erdumlaufbahn bringen können und mit den Russen mitfliegen müssen.

The Americans are full of shit, therefore shut the fuck up!!!

Oder auf Deutsch, halt endlich deine Lügenfresse Trump und kümmer dich nur um dein bankrott und zusammenbrechendes Drecksloch USA.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2020/05/als-die-amerikaner-ihre-flagge-am.html#ixzz6M1z6p2ui>

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF
250x250 mm	= CHF
300x300 mm	= CHF

3.-
6.-
12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

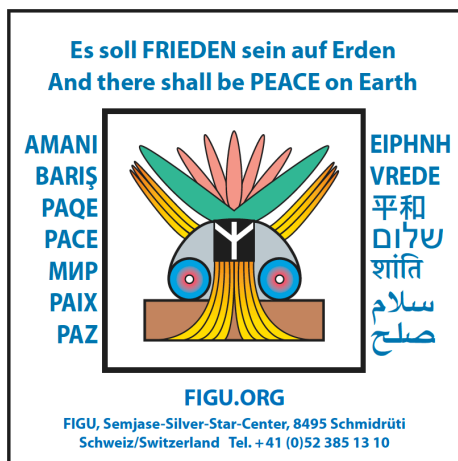
E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

Jeder am Auto angebrachte Kleber – das richtige Friedenssymbol und/oder Überbevölkerungs-Symbol – hilft mit, das falsche Friedenssymbol/Todesrune aus der Welt zu schaffen und das richtige Symbol zu verbreiten, wie auch, die Menschen wachzurütteln und sie auf die grassierende, weltzerstörende Überbevölkerung aufmerksam zu machen.



(falsches Friedenssymbol = keltische Todesrune) = = (nach unten gedrehte „Lebensrune“)



Mensch der Erde, bedenke: Durch Waffen, Militär, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und Gewalt, sowie auch durch Betrug, Irreführung, Lügen, Verleumdung und Machtgier unrechtschaffener, vernunftloser, selbstsüchtig Herrschender und Verbrecher wurden auf der Erde seit alters her Unfrieden, Elend, Not, Tod, Zerstörung, Vernichtung und Verderben verbreitet; dazu reichten die unbedarften Völker infolge Indoktrination und Hörigkeit ihren Gewalthabern, Machthabern resp. Staatsoberhäuptern oder Imperatoren beiderlei Geschlechts die Hand und halfen damit alles bösartige Unheil unaufhaltsam zu fördern.

Mensch der Erde: Frieden, Freiheit, Harmonie und Rechtschaffenheit können niemals durch Waffen, Militärs, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und andere Dummheiten zustande kommen, sondern einzig durch die Nutzung von Verstand, Vernunft, Kommunikation, Konsens, Menschlichkeit und Liebe. Daher, Mensch, achte Du als einzelner darauf und bemühe Dich, das zu verstehen und einzig nach diesen hohen Werten zu handeln, damit aller Unfrieden, alles Bösartige und Todbringende sich auflöst.



IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703 3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrütli, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



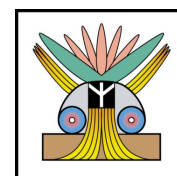
© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universal>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz